Nr. 50 / Einzelpreis 10 Pfennig **Heute Sportbeilage.** Halle (Saale), den 1. März 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44. Hofgebäude zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt ab. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Die Räuber.

Zu den 22 Bundesfürsten, die uns um 2 Milliarden schröpfen möchten, gesellt sich neuerdings ein halbes Hundert „Standesherren"!

I. Es verlangen von der Republik an Renten folgende „Depossedierte Fürsten":

1. Alexander Landgraf von Hessen	612 000 Mark
2. Friedrich Karl Prinz von Hessen	96 000 Mark
3. Ernst Eugen Landgraf von Hessen	150 000 Mark
4. Alexis Landgraf von Hessen	150 000 Mark
5. Albert Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg	181 000 Mark
6. Friedrich Ferdinand Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg	195 000 Mark
7. Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen	75 000 Mark
	1 459 000 Mark

Diese Renten wurden bis 1923 prompt bezahlt. Dann setzte der Rechtsstreit um die „Aufwertung" ein, der heute noch nicht abgeschlossen ist.

Der Rechtsgrund der Renten?

Der hessische „Thronschatz" sollte im Jahre 1866 von Preußen abgelöst werden. Seine Dukaten sind bekanntlich aus dem „Kanonenfutter" der hessischen Landeskinder gewonnen worden. Die Schleswig-Holsteiner haben ihre „Rente" lediglich einer dynastischen Geste der Hohenzollern zu verdanken, über die sogar der kaiserliche Hofmarschall Zedlitz-Trützschler in seinem Tagebuch schreibt: „Man hatte ihnen gar nichts zu entschädigen; der Augustenburger hatte keine Ansprüche aufgegeben; denn er konnte gar keine machen." Der Hohenzollern-Sigmaringer hatte auf seine Hoheitsrechte freiwillig verzichtet, ohne daß der „hohenzollernsche Landtag" seine Zustimmung dazu gab!

Der Rechtsgrund dieser Tributleistung an die „depossedierten Fürsten" war also schon zu Wilhelms Zeiten umstritten. Die Republik aber soll den dynastischen Kuhhandel um Untertanenknochen rechtskräftig machen und legalisieren?

II. Es verlangen von der Republik an Renten die „eigentlichen Standesherren":

1. Otto Fürst zu Salmhorstmar	60 000 Mark
2. Nikolaus Leopold Fürst zu Salm-Salm	58 000 Mark
3. Herzog von Croy zu Dülmen	18 000 Mark
4. Fürst zu Salm-Wittgenstein-Hohenstein	22 300 Mark
5. Fürst zu Salm Wittgenstein-Berleburg	46 000 Mark
6. Fürst zu Solms-Hohensolms	7 000 Mark
7. Engelbert Maria Herzog von Arensberg	40 500 Mark
8. Fürst zu Wied	46 500 Mark
9. Gustav Graf zu Alt-Leiningen-Westerburg	20 300 Mark
10. Fürst zu Bendheim-Steinfurth	1 500 Mark
11. Die Töchter der Gräfin Reichenbach-Lessonitz	36 800 Mark
	370 000 Mark

Der Rechtsgrund der Renten?

Die hohen Herren hatten Sitz und Stimme im alten Reich bis zum „Reichsdeputationshauptschluß" von 1803 und leiteten ihre Rechte aus dem Artikel 14 der Wiener Bundesakte von 1815 her!

III. Es verlangen von der Republik an Renten die „kleinen Herren":

Hans Joachim von der Schulenburg für das Rittergut Beetzendorf 600 Mark im Jahr — Friedrich Graf von Galen 1000 Mark im Jahr — Fürst Hendel-Donnersmarck für Aufhebung der Privatzölle seiner politisch gewordenen Standesherrschaft 1000 Mark im Jahr — Graf zu Lynar in Lübbenau 800 Mark für Aufhebung seiner Rechte und Abgaben — Graf zu Rantzau für die Gutsherrschaft Greifenburg 900 Mark — Großherzog von Sachsen-Weimar 24 000 Mark — Freiherr von Hammerstein für aufgehobenes Marktstandsgeld 1000 Mark — Die Wiedsche Rentkammer in Neuwied für Malzzwangsentschädigungsrenten 5000 Mark — Fürst von Stolberg-Stolberg für seine Rheinoktroirente für knappe 20 Mark — Graf zu Altleiningen-Westerburg für sein „Rheinoktroi" 12 000 Mark — Graf von Matuschka-Greifenklau für aufgehobene Blutzehnten und aufgehobene Leibeigenschaft 100 Mark im Jahr — Freiin von Breidenbach für aufgehobene Jagdfronden für „Tanzerlaubnisgelder", „Judenabgabe" und „Kesselzins 850 Mark.

Macht zusammen:

„Depossedierte Fürsten"	1 459 000 Mark
„Standesherren"	370 000 Mark
„Kleine Herren"	200 000 Mark
Alles in allem	2 029 000 Mark im Jahr

Also: Dem erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten 900 Mark, dem Arbeitsinvaliden 700 Mark, dem aufs Äußerste gesteigerten Kleinrentner 1200 Mark Höchst-„Unterstützungssatz" und dem Kriegsinvaliden von 70/71 ganze 300 Mark im Jahr.

Den mecklenburgischen Fürstenmätressen aber 15 000 Mark, dem Kommandierenden General 20 000 Mark und den arbeitslosen Landesvätern von Hessen, Schleswig-Holstein und Hohenzollern-Sigmaringen je 1 Million im Jahr.

Nützt die Zeit — gebt die richtige Antwort!

Zeichnet für das Volksbegehren!

Alle freien Staatsbürger an Bord!

Die Regierungskrise in Holland.

Von Abg. W. H. Vliegen,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Um die politische Lage in den Niederlanden zu verstehen, muß man erst die etwas sonderbare Parteieinteilung kennen, die in diesem Lande besteht.

Die Koalition der Rechten, die christliche Koalition, wie sie sich selbst nennt, besteht aus drei Parteien: der Römisch-Katholischen, welche 30, der Anti-Revolutionären Partei (Protestantisch-Orthodox, Calvinisten), welche 13, und der Christlich-Historischen Partei (auch Orthodox-Protestanten, Verteidiger der Nationalen Niederländisch-Reformierten Kirche), welche 11 Sitze in der Zweiten Kammer besetzen. Zusammen haben sie 54 von den 100 Sitzen inne, demnach die Mehrheit im Parlament. In der Ersten Kammer (Senat) haben diese Parteien 31 von den 50 Sitzen.

Vor den Wahlen vom 1. Juli 1925 hatten diese Parteien in der Kammer 32, 16 und 11 Sitze, also 59 von 100. Sie haben demnach 5 Sitze verloren, aber nur 2 davon an die linken Parteien. Denn es wurden 3 protestantische und 1 katholischer Dissident gewählt. Vor den Wahlen war von diesen nur einer im Parlament. Die Linke zählt 42 Mitglieder, bildet aber nichts Zusammenhängendes.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat 24 Sitze, die Liberalen 9, die Freisinnig-Demokraten oder Radikalen 7. Daneben gibt es noch 1 Agrarier und 1 Kommunisten. Vor den Juliwahlen waren diese Ziffern 20, 11, 5, 2 und 2.

Die sogenannte christliche Koalition behielt, obschon geschwächt, die Mehrheit und der Führer der Anti-Revolutionären, Colijn, trat als Ministerpräsident auf. Das nach den Wahlen teilweise neugebildete Ministerium bestand aus 4 Katholischen, 2 Anti-Revolutionären, 2 Christlich-Historischen und 1 Neutralen (dem Minister des Aeußern, Van Karnebeek).

Die Führerschaft des sehr reaktionären Colijn, der vor den Wahlen wohl Finanzminister, aber nicht Ministerpräsident war, wurde von uns energisch bekämpft und auch von dem demokratischen Flügel der Rechten sehr ungern gesehen. Aber sie unterwarfen sich und die Regierung schien felsenfest zu stehen. Aber ...

In Holland führen diese „christlichen" Parteien bei den Wahlen einen außerordentlich demagogischen Kampf mit ihren religiösen und ethischen Schlagworten. Sie erzählen den Wählern allerhand Fürchterliches über die Gefahren, welche die Religion, die Ehe, die guten Sitten bedrohen, wenn die linken Parteien, vornehmlich aber die Sozialdemokraten, die Staatsgewalt in die Hände bekommen; die Wahlen werden von ihrer Seite nicht über die politischen und sozialen Fragen, sondern über die Religion geführt. Seitdem die Frauen mitwählen, tut man auf diesem Gebiete noch mehr, als es schon früher der Fall war. Und es gelingt den „christlichen" Parteien auch wirklich, große Massen von „kleinen Leuten" von uns abzuhalten. Wozu auch die christlichen und katholischen Gewerkschaften nicht wenig beitragen.

Seitdem im Jahre 1918 das Proportionalwahlrecht eingeführt wurde, haben die Katholischen in der Koalition die Mehrheit und dringen sich auch als solche zur Geltung. Sie stellten den Ministerpräsidenten, den Vorsitzenden der Ersten und der Zweiten Kammer, sie hielten glänzende Demonstrationen ab, gründeten eine katholische Universität und spielten im allgemeinen die erste Geige. Das hat nun bei den orthodox-protestantischen Kreisen starken Unwillen erregt und bei den jüngsten Wahlen war die Zunahme der Dissidenten von 1 auf 3 vornehmlich der Ausdruck dieses Unwillens. Diese 3 Dissidenten sind heftige Anti-Papisten.

Das hat vornehmlich die Christlich-Historischen, welche bei den Wahlen schon oft ähnliche Schlagworte hatten, vorsichtig gemacht und, obschon sie noch an der Regierungsbildung mit den Katholischen teilnahmen, nahmen sie sich doch vor, der „römischen Arroganz" entschieden entgegenzutreten. Kurz: gerade auf dem Gebiete, worauf sich die Koalition bis jetzt den Wählern gegenüber gestützt hatte, auf dem Gebiete der Religion, entfaltete sich jetzt der innere Gegensatz. An Stelle des einheitlichen Begriffes des Christentums kam es jetzt zur Scheidung Protestantismus — Katholizismus.

Sofort bei der ersten Gelegenheit, bei der Beratung des ersten Kapitels des Budgets, dem Etat des Aeußern, kam es zum Treffen. Der Gegenstand war die niederländische Gesandtschaft beim Papst.

Als im Jahre 1870 der Kirchenstaat von Italien annektiert wurde, war Holland einer der ersten Staaten, welcher seinen Gesandten beim Vatikan zurückrief. Das blieb so 44 Jahre lang. Im Jahre 1915 aber, während des Weltkriegs, wurde die Gesandtschaft „provisorisch" wiederbeargestellt, im Interesse des Friedens. Man hoffte nämlich, daß vom Papst eine nützliche Friedensaktion ausgehen könnte, und wollte diese unterstützen.

Im Jahre 1920 wurde die provisorische Gesandtschaft in eine definitive umgewandelt. Schon damals gegen die Stimmen der Christlich-Historischen. Ein Teil der Linken stimmte dafür und besorgte die Mehrheit. Seitdem protestierten die Christlich-Historischen jedes Jahr dagegen. Und vor den letzten Wahlen beantragte der Parteitag der Christlich-Historischen Partei ihre eventuellen Abgeordneten gegen die Gesandtschaft zu stimmen.

Als nun nach den Wahlen die beiden Parteien Christlich-Historische und Katholische wieder in die Regierung eintraten, schien es, als ob sich über diese Angelegenheit eine Einigung vollzogen hätte. Als aber der Etat des Aeußern zur Beratung stand, beantragte einer der anti-papistischen Dissidenten, Pfarrer Kersten, die Streichung des für diese Gesandtschaft benötigten Geldes.

Dann trat der Führer der Katholiken, Dr. Nolens, auf und stellte sein Ultimatum. Wenn der Antrag Kersten angenommen wird, so sagte er, dann werden wir Katholischen unter uns beraten, ob wir mit Parteien, welche zur Annahme mitwirkten, weiter zusammen arbeiten sollen.

Nun stand die Sache so, daß jeder Abgeordnete der Opposition, der für die Beibehaltung der Gesandtschaft stimmte, mitarbeitete, um die bedrohte klerikale Koalition zu retten. Woraus natürlich folgte, daß die ganze Linke für das Amendement Kersten stimmte,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192603 01-17/fragment/page=0001

Dasselbe taten die Christlich-Historischen und die Protestantischen Dissidenten. Das Amendement wurde dadurch mit 52 gegen 42 Stimmen angenommen.

Dann stand der Ministerpräsident auf und teilte mit, daß die vier katholischen Minister ihm ihre Demission angemeldet hätten. Dadurch war die politische Lage so geändert, daß die Beratung des Etats unterbrochen werden mußte. Am folgenden Tage stellten auch die anderen Minister ihre Portefeuilles der Königin zur Verfügung. Das war am 13. November 1925.

Und bis jetzt, den 20. Februar, ist noch immer kein neues Ministerium gebildet.

Unsere Partei hat sich sofort bei Beginn der Krise bereit erklärt, mitzuarbeiten an der Bildung eines parlamentarischen Ministeriums der demokratischen Konzentration. Was in diesem Fall bedeutete ein Ministerium von Katholischen (bei denen der demokratische Flügel der Zahl nach der stärkste ist), der Freisinnig-Demokraten und der Sozialdemokraten.

Den Konservativen unter den Katholiken ist es aber gelungen, in der katholischen Fraktion eine ablehnende Antwort durchzusetzen. „Nur im Falle der äußersten Notwendigkeit" sei die katholische Partei zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten bereit und dieser Fall sei noch nicht eingetreten.

Seitdem sind alle Versuche, die Koalition wieder zu leimen, gescheitert. Die Rechte ist ebenso gespalten, wie es früher schon die Linke war.

Der letzte, der jetzt den Auftrag hat, ein Ministerium, ein außerparlamentarisches sogar, zu bilden, ist Limburg, ein Freisinniger (sogar ein Jude), welcher sich aber auch schon drei Wochen ohne Resultat bemüht. Und nun droht die Gefahr, daß am Ende Colijn mit seinen Amtsbrüdern einfach im Amte bleibt.

Dagegen hat nun unsere Partei einen Aufruf erlassen und Neuwahlen gefordert. Am 2. März tritt die Zweite Kammer zusammen, um über einen Antrag unserer Fraktion zu entscheiden, der die Kammerauflösung beinhaltet. Vielleicht scheint es etwas bizarr, daß ein Parlament darüber berät, ob es seine eigene Auflösung fordern soll, hier ist es aber wirklich der einzige Ausweg.

Und für uns wäre es eine himmlische Sache, einmal Wahlen zu erledigen, in denen der Kampf nicht über Religion, die heilige Ehe und die guten Sitten, sondern über die realen politischen und sozialen Tatsachen geführt wird. Wir würden diesem frischen, fröhlichen Kampf durch unsere Prinzipien einen gesunden, sozialistischen Inhalt geben.

Der Prozeß gegen Fememörder Schulz und Komplicen.

Berlin, 1. März. (Privattelegramm.)

Nach einer Meldung des „Montagmorgen" aus Landsberg an der Warthe soll der Oberstaatsanwalt zu der Ansicht gekommen sein, daß die Hauptverhandlungen gegen die Fememörder Oberleutnant Schulz und Genossen nicht, wie vorgesehen, vor das Schwurgericht in Landsberg, sondern vor das Reichsgericht oder den Staatsgerichtshof gehört, **da die von den Fememördern verübten Taten als unter dem Gesichtspunkte des Hoch- und Landesverrates zu betrachten seien.**

Die Kleinen hängt man, die Großen behängt man — mit Milliarden!

November 1918: Zwei Deserteure — der eine wollte über die Grenze, der andere kam wieder über die Grenze.

Wer war der eine? Ein einfacher Matrose namens Scheyka.

Wer war der andere? Der Oberste Kriegsherr.

Was geschah mit dem Matrosen? Er wurde standrechtlich erschossen

Was geschah dem Kaiserdeserteur? Nichts. Er lebt herrlich u. in Freuden. Mehr noch: Milliardengeschenke sollen er und sein Anhang aus den Taschen des Staats und des Volks erhalten, die er in namenloses Elend gestürzt hat.

Dem gewöhnlichen Deserteur tödliches Blei, dem Obersten Deserteur Schlösser und Gold!.

Gibt es noch eine Gerechtigkeit? Volk, entscheide durch den „Volksentscheid"!

Am Grabe Eberts.

Errichtung eines Gedenksteines auf der Haardt.

Heidelberg, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Sonntag nachmittag um 4 Uhr fand auf dem hiesigen Bergfriedhof an der Grabstätte Friedrich Eberts eine schlichte Gedenkfeier für den Verstorbenen statt. Aus Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg hatten sich 1500 Reichsbannerkameraden eingefunden. An dem Grabstein nahmen die Fahnenträger und die Delegierten der Freien Republikanischen Studentenvereinigung Aufstellung. Die badische Regierung hatte den Minister des Innern Remmele zu der Feier entsandt. Von der Famile Eberts war Fritz Ebert erschienen. Die eigentliche Gedenkrede hielt im Auftrage des Bundesvorstandes des Reichsbanners Regierungsreferendar Kolb. Im Namen des Parteivorstandes sprach der Bezirkssekretär Ammann (Heidelberg) Gedenkworte über den Toten, der für unser Volk alle Zeit ein leuchtendes Vorbild war und noch heute sei.

Am Vormittag legte der Gesandte des Reiches bei der hessischen Regierung, Dr. David, im Auftrage der Reichsregierung einen Kranz mit einer schwarzrotgoldenen Schleife an dem Grabe nieder. Auch die preußische, badische und hessische Regierung ehrten den Toten durch eine Kranzspende mit schwarzrotgoldener Schleife.

Elberfeld, 28. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag wurde auf der Haardt hoch über dem Wuppertal unter starker Beteiligung des Reichsbanners und reicher Anteilnahme der Bevölkerung ein Gedenkstein für Friedrich Ebert errichtet. Der Weihe vorauf gingen zwei große Massendemonstrationen, in denen der Bundespräsident des Reichsbanners Hörsing und die Abgg. Erkelenz und Ferl (Magdeburg) sprachen. Im Anschluß an die Versammlungen bildeten sich mehrere Züge, die mit Trommelklang zu dem Gedenkstein zogen, der dann vom Bundespräsidenten Hörsing enthüllt wurde. Erkelenz zeichnete den Verstorbenen bei dieser Gelegenheit als den großen Volksführer. Er verdiene, der erste Bürger der deutschen Republik genannt zu werden. Im Auftrage des Oberpräsidenten der Rheinprovinz sprach dann noch der Regierungspräsident von Düsseldorf, Bergemann, Worte des Gedenkens und der Anerkennung.

Der Volkstrauertag in Berlin.

Reichsbanner-Gedächtnisfeier für Friedrich Ebert.

Das Reichsbanner veranstaltete am Sonntagnachmittag auf der Treptower Wiese eine Gedächtnisfeier für Friedrich Ebert, an der trotz strömenden Regens Tausende und aber Tausende sich beteiligten. Der kommunistische Rote Frontkämpferbund hatte seinen Anhängern „vertrauliche" Anweisung erteilt, sich möglichst stark auf der Treptower Wiese einzufinden und dort unter dem Reichsbanner für den bolschewistischen Unfug Propaganda zu machen. Der Erfolg war mehr als kläglich. Man sah zwar vereinzelt Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes. Aber es handelte sich durchschnittlich um jugendliche Personen, die kaum das 16. Lebensjahr erreicht hatten und die sich mehr aus Wichtigtuerei und Neugierde an der Grenze der Treptower Wiese aufhielten. Die eindrucksvolle Kundgebung verlief jedenfalls ohne jede Störung und ohne die geringste Beachtung der bolschewistischen Propagandisten.

Das Bürgertum Berlins feierte bereits am Vormittag seinen „Volkstrauertag" in sieben verschiedenen Veranstaltungen. Die offizielle Kundgebung erfolgte unter Teilnahme der Reichsregierung im Reichstag, während für die anderen Veranstaltungen, an denen sich auch die Hakenkreuzler und der Stahlhelm mit ihren Fahnen beteiligten, sechs große Säle benutzt wurden. Auch in diesen Veranstaltungen versuchten jugendliche Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, so gut sie es konnten, ihren revolutionären Geist an den Mann zu bringen. Alles vergeblich! Die Veranstaltungen verliefen völlig ruhig und ohne besondere Anteilnahme.

Das äußere Bild der Reichshauptstadt gab durch nicht auf Halbmast gehißte schwarzrotgoldene Fahnen Kunde von dem „Volkstrauertag". Es war wohl das erste Mal seit der Revolution, daß alle amtlichen Gebäude ohne Ausnahme die schwarzrotgoldenen Fahnen der Republik zeigten. Auch die Privathäuser, in denen amtliche Bureaus untergebracht waren — und das ist in Berlin sehr häufig der Fall — hatten Schwarz-Rot-Gold gehißt. Die private Beteiligung an dem „Volkstrauertag" durch Hissung von Flaggen war nicht besonders stark. Wo aber Fahnen gezeigt wurden, waren es schwarzrotgoldene. Auffallend stark waren die Farben der Republik auf den Hauptzugangsstraßen zu den Treptower Wiesen vertreten.

Linkserfolge in Frankreich.

Paris, 1. März. (Radiomeldung.)

In der Ersatzwahl zur französischen Abgeordnetenkammer im Departement Marne hat die Linke einen neuen Sieg errungen. Der radikalsoziale Kandidat, der Bürgermeister von Reims, Marchandeau und der Sozialist Deat sind mit 40 260 bzw. 38 638 Stimmen gewählt worden, während die beiden Gegenkandidaten der Rechten nur 26 663 bzw. 26 427 Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht haben. Verglichen mit den Wahlen vom 11. Mai 1924 hat die Linke gestern bedeutend an Stimmenzahl gewonnen. Der Spitzenkandidat der Kartell-Liste erhielt damals 37 180 Stimmen, der des Nationalen Blocks 29 927 Stimmen. Die Linkspresse begrüßt den Sieg als ein Zeichen dafür, daß das Kartell, das in der Kammer in den letzten Wochen kläglich auseinandergefallen ist, im Lande noch immer lebendig ist und gegenüber den Wahlen von 1924 beträchtlich an Anhängern gewonnen hat.'

In der Nachwahl zum Pariser Stadtrat, in der gestern Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Kommunisten und dem der Radikalsozialen stattgefunden haben, ist der erstere mit 4309 gegen 3018 durchs Ziel gegangen. Bei der Hauptwahl im Jahre 1925 war der Kandidat der Radikalsozialen mit 7160 gewählt worden, während es die Kommunisten nur auf 3376 Stimmen gebracht hatten. Die rechtsstehende „Victoire" meint dazu, wenn diese Wahl an sich auch nur geringes Interesse habe, so müsse sie doch zu denken geben. Denn sie zeige, daß der Enthusiasmus, mit dem der vor 14 Tagen gewählte Tardieu als Zeichen dafür begrüßt wurde, daß die Linke abgewirtschaftet habe, erheblich verfrüht gewesen sei.

Severing an die amtlichen Saboteure.

Eine unzweideutige Erklärung.

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge hat der preußische Minister des Innern den folgenden Runderlaß an die Ober- und Regierungspräsidenten, Landräte, Stadt- und Landgemeinden (Gutsbezirke) hinausgehen lassen:

„Mit Bezug auf meinen über die Durchführung des Eintragungsverfahrens ergangenen Runderlaß vom 20. Februar, der sämtlichen nachgeordneten Behörden im Abdruck zugestellt worden ist, mache ich es aus Anlaß zahlreicher Beschwerden den Regierungspräsidenten und Landräten zur Pflicht, ihr schärfstes Augenmerk darauf zu richten, daß die bei der Durchführung des Eintragungsverfahrens beteiligten Dienststellen die ihnen nach dem Gesetz über den Volksentscheid und nach der Reichsstimmordnung obliegenden Aufgaben genau erfüllen.

Beamte, die es an der erforderlichen Pflichttreue fehlen lassen sollten, werden mit aller Entschiedenheit zur Verantwortung gezogen werden."

*

Das heißt also, daß die unverschämten amtlichen Saboteure des Volkswillens gegebenenfalls an die frische Luft gesetzt werden.

Welche Frechheit in den Kreisen der Deutschnationalen herrscht, beweist ein offizielles Rundschreiben, dessen Schlußsatz lautet:

Jeder Deutsche, der noch Empfindung für Recht und Gerechtigkeit in sich trägt, hält sich diesen Listen fern! Keine Unterschrift keine Eintragung für das Volksbegehr! Wenn auch die Gemeindebehörden nach dem Gesetz verpflichtet sind, diese Listen aufzulegen, die einer ganz gemeinen Parteiagitation dienen und sonst weiter nichts, kein ehrlicher Deutscher wird durch seine Unterschrift oder Eintragung diesen marxistischen Parteien und Raubgenossen dabei helfen, daß das Recht gebeugt wird!

Deshalb: Nicht eintragen!

Diese schamlose Gesellschaft propagiert also die weitere Volksausplünderung zugunsten der Fürstendirnen und ähnlicher Parasiten. Gebt ihnen die richtige Antwort! Tragt Euch zum Volksbegehren ein! Werbt für die Eintragung zum Volksbegehren!

Der nationale Verräter.

Berlin, 1. März. (Radiomeldung.)

Aus Rom wird neuerdings eine für den privaten Sterblichen fast unglaubliche Geschichte gemeldet und doch trifft sie auf einen prinzlichen „Patrioten" zu. Es handelt sich um den Prinzen von Schönburg-Waldenburg, also einen der nationalsten Männer unter den Nationalen, der **den Fascistenhäuptling Mussolini aufgesucht und ihm das Angebot gemacht hat, dem Dichter Gabriele d'Annunzio ein großes Gut zu schenken, das sich im Besitz des in Südtirol begüterten Prinzen befindet.**

Ein Berliner Morgenblatt bemerkt zu dem fast unglaublichen Vorgang: Das Beispiel, das der für Mussolini und d'Annunzio begeisterte deutsche Prinz gegeben hat, reiht sich übrigens würdig dem Verhalten anderer deutscher prinzlicher Mitglieder des Uradels an, die sich nach dem Kriege den geänderten nationalen und Grenzverhältnissen mit Verachtung aller deutschen Traditionen anzupassen verstanden und damit das Wort von der „blauen Internationale des Adels" bestätigten. Man denke nur an die Fürsten Pleß und die Grafen Oppersdorff in Oberschlesien, die Vollblutpolen (!) geworden sind.

Winckler ade!

Berlin, 1. März. (Radiomeldung.)

Der deutschnationale Parteivorsitzende Winckler hat inzwischen den angekündigten Rücktritt vollzogen und den Parteiinstanzen in einem längeren Schreiben die Ursachen seiner Handlungsweise mitgeteilt. Heute sollen bereits die ersten unverbindlichen Besprechungen über die Nachfolgerschaft Wincklers stattfinden. Aus deutschnationalen Parteikreisen wird versichert, daß man die Neuwahl nicht überstürzt vornehmen wird und vermutlich einige Wochen ins Land gehen werden, ehe der aus über 60 Mitgliedern bestehende Parteivorstand zusammentritt, um den neuen Parteivorsitzenden zu wählen.

Eisenbahnzug-Telephonie.

Von **Willi Möbus.**

Vor kurzem ging durch die Presse eine unscheinbare Meldung: „Am 4. Januar 1926 wird auf der Strecke Berlin—Hamburg die öffentliche Eisenbahnzug-Telephonie aufgenommen." Das war alles. Und doch wird man den 4. Januar als einen wichtigen Tag in der Geschichte der Technik verzeichnen. Wieder ist es gelungen, einen Schritt vorwärtszukommen und wieder wird der Welt gezeigt, daß es keinen Stillstand gibt. Noch vor wenigen Jahren haben selbst Fachleute den Kopf geschüttelt, wenn irgendein „Phantast" von der Möglichkeit des Ferngespräches aus und mit dem fahrenden Zuge sprach. Und jetzt ist die „Utopie" Wirklichkeit geworden, ja, sie erscheint im Zeitalter des Rundfunks so selbstverständlich, daß viele meinen, es verlohne sich kaum, von dieser neuesten praktischen Errungenschaft der Nachrichtentechnik viel Aufhebens zu machen.

Versuche, das Problem der Eisenbahnzug-Telephonie zu lösen, gehen bis auf Edison zurück. Aber dem großen amerikanischen Erfinder, dem so viel gelang, blieb hier der Erfolg versagt. Dann wurden vor allem die Arbeiten des Amerikaners Squire und des Schweden Warfinge bekannt. Sie schlugen eine Verbindung zwischen Raumwellen-Telephonie, wie wir sie vom Rundfunk her kennen und der Drahtwellen-Telephonie vor, also eine Vereinigung von Funk und Draht. Zum endgültigen Erfolge aber führten die großangelegten Versuche der Ingenieure Lauwerk und Dr. Walter, die 1918/19 auf der Militärbahn Berlin—Zossen begannen und später auf einer Privatbahn im Süden Berlins fortgesetzt wurden. Die Versuche, die hier bereits zu einem greifbaren Erfolg führten, veranlaßten die Deutsche Reichsbahn, die Strecke Berlin—Hamburg für weitere Versuche zur Verfügung zu stellen. Hier stellten sich der bereits grundsätzlich gelungenen Lösung noch erhebliche Schwierigkeiten entgegen, die überwunden werden mußten, bevor die öffentliche Eisenbahnzug-Telephonie beginnen konnte. Durch den Einbau von Drosselspulen, die den Hochfrequenzströmen Widerstand bieten, dagegen Telegraphie- und Sprechströme hindurchlassen, durch den Einbau von Oberleitungen und anderes mehr wurde die Strecke für den Fernsprechverkehr mit den Zügen hergerichtet. Der Zug ist mit einer Antenne ausgerüstet, die wagerecht auf dem Dache montiert ist und mit einem Röhrensender im Innern des Zuges in Verbindung steht. Dieser Röhrensender strahlt ungedämpfte Schwingungen aus, die von den durch das Mikrophon vermittelten Sprechströmen überlagert werden. Während aber sonst bei der drahtlosen Telephonie die Wellen in den Raum hinausgesandt werden und sich überall hin verbreiten, machen sie bei der Eisenbahnzug-Telephonie nur einen kleinen Sprung von der Sendeantenne zu den Drähten, die längs der Strecke laufen. Irgendwo treffen sie auf einen geeigneten Empfangsapparat und nun ist der Vorgang wieder wie beim gewöhnlichen Rundfunkempfang. Die Hochfrequenzwellen, die mit den Sprechwellen beladen, an den Drähten längs der Eisenbahn entlang gewandert waren, werden von ihrer Last befreit und die Sprachschwingungen werden in der im Telephonverkehr sonst üblichen Weise dem gewünschten Teilnehmer zugeleitet. Da sich in den Eisenbahnwagen auch Empfangsapparate befinden, ist ein Gegensprechverkehr gesichert. Im allgemeinen werden hierbei ganz geringe Kraftmengen, etwa bis zu 50 Watt und Wellen von 3000 bis 4000 Meter Länge verwandt. Der Empfänger ist durch einen abstimmbaren Gitterkreis vor Beeinflussungen durch den Sender geschützt. Die Bedienung erfolgt im Zuge durch einen Beamten. Der Teilnehmer hat, nachdem er seinen Obulus bezahlt hat und die Verbindung hergestellt ist, nichts weiter zu tun, als den Hörer abzunehmen und sein Gespräch zu erledigen. Das alles klingt heute sehr einfach. Die ganze Einrichtung wird schon nach sehr kurzer Zeit als etwas Selbstverständliches empfunden werden und dennoch sollte man nie vergessen, welche unendliche Arbeit nötig war, bis diese scheinbare Einfachheit, die ja im Grunde höchste Meisterschaft ist, erreicht wurde.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Am heutigen Montag 8 Uhr „Die Gabe Gottes". Dienstag „Ein Walzertraum" mit Max Stojewsky als Niki. Mittwoch „Dona nobis pacem". Donnerstag 7 Uhr „Lohengrin". Freitag „Triesschübel". Sonnabend „Der Mazurka-Oberst". Sonntag nachmittag 3 Uhr „Ein Walzertraum", abends 8 Uhr „Gräfin Mariza".

„Ist Menschenkenntnis erlernbar?"

Unter dieser Ueberschrift wird uns vom Huter-Bund geschrieben: Zur sachlichen Aufklärung: Der Berichterstatter des „Volksblatt" glaubte, das Fehlen von Sachverständigen bei dem Vortrag zu vorstehendem Thema (18. Februar) bedauern zu sollen, weil diese (seiner Meinung nach) den Redner in Verlegenheit gebracht hätten! — Nun haben u. a. Herr Stadtschulrat Dr. Truschel (Halle) und Herr Psychiater Dr. v. Rohden (Nietleben) dem Vortrag des Herrn Roodt von Anfang bis Ende beigewohnt; ihm „zu Leibe zu rücken" hatten sie keinen Anlaß, weil sie in allen wesentlichen Punkten (auch mit den natürlich nur skizzierten theoretischen Erörterungen!) einverstanden waren. — Die von gewisser Seite bedauerlicherweise in der Diskussion vorgebrachten parteipolitischen Entgleisungen haben mit unseren Bestrebungen nichts zu tun. **Studien-Verein des Carl-Huter-Bundes.**

Die Große Internationale Kunstausstellung, die früher aller vier Jahre in München stattfand, soll zum ersten Male wieder 1926 veranstaltet werden. Die Werke ausländischer Künstler sollen dabei allerdings nur in beschränkter Zahl zugelassen werden. Die bayerische Regierung hält die Wiedereinführung dieser Ausstellung im Interesse der Münchener Künstlerschaft für dringend geboten. In Verbindung mit dieser internationalen Kunstschau ist eine Ausstellung für Baukunst geplant, die der bayerischen Architektenschaft Gelegenheit geben soll, ihr Schaffen zu zeigen.

Rekordpreis für einen Rembrandt. Das „Porträt eines jungen Mannes", ein berühmtes Rembrandtsches Bild aus dem Besitz des Grafen Karl Wachtmeister aus Schweden, befindet sich augenblicklich auf dem Wege nach Amerika. Es wurde von dem Londoner Kunsthändler Sir Joseph Duveen im Auftrag eines amerikanischen Käufers für 82 000 Pfund Sterling erworben, der höchste Preis, der bisher für ein Rembrandtsches Bild bezahlt wurde. Das „Porträt eines jungen Mannes" trägt die Handzeichnung des Meisters mit dem Datum 1662, der Zeit, in der Rembrandt auf der Höhe seines Ruhmes stand. Es befand sich über ein Jahrhundert lang in einem englischen Landhaus und wurde dort kurz vor Ausbruch des Weltkrieges aufgefunden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260301-17/fragment/page=0002
DFG

Unangenehme Fragen an Herrn Jahnke.

Berlin, 1. März. (Radiomeldung)

Der Femeausschuß des Preußischen Landtags dürfte im Verlaufe dieser Woche seine Verhandlungen wiederaufnehmen. Von den einzelnen Mitgliedern sind inzwischen eine ganze Reihe Anträge zur Vernehmung einzelner deutschnationaler Abgeordneter und einer Reihe von Privatpersonen über ganz bestimmte Fragen eingegangen. So soll nach einem Antrag des Demokraten Riedel der deutschnationale Landtagsabgeordnete Jahnke unter anderem gefragt werden, ob er Gelder, die ihm zur Betätigung im Ruhrkampf übergeben waren, für die Zwecke der am Küstriner Putsch beteiligten Schwarzen Reichswehr verwendet und ob er im Zusammenhang mit dem Küstriner Putsch wiederholt an Sitzungen teilgenommen hat, in denen nicht nur dieser Putsch besprochen und vorbereitet, sondern auch über die Beseitigung von Stresemann und Severing gesprochen worden ist.

Uns scheint, daß es sich hier für Herrn Jahnke um sehr unangenehme Fragen handelt und daß im Zusammenhang mit diesen Fragen auch der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Behrens nochmals vor den Femeausschuß zitiert werden wird. Es steht bereits fest, daß sein „Christlicher Landarbeiterverband" nicht nur von den Arbeitgebern, sondern auch von einer offiziellen Reichsstelle während des Ruhrkampfes Geld erhalten hat, und zwar wesentlich mehr als der Arbeitgeberverband zur Unterstützung des Fememörders Schulz zur Verfügung gestellt hatte. Die Angelegenheit dürfte voraussichtlich bald auch im Reichstag eine Rolle spielen.

Gerichtlicher Haftbefehl gegen Jürgens und Frau.

Berlin, 1. März. (Radiomeldung.)

Die Angelegenheit des Landgerichtsdirektors Jürgens, der mit seiner Frau unter der Anschuldigung des Betrugs und der Urkundenfälschung festgenommen worden war, hat am Sonntag eine neue Wendung genommen. Die Festnahme war nur auf Ersuchen des Untersuchungsrichters in Stargard durch die Berliner Kriminalpolizei durchgeführt worden. Am Sonntag trafen vom Landgericht in Stargard gegen Jürgens und Frau ein telegraphischer Haftbefehl und die Mitteilung auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung ein.

Der Untersuchungsrichter hat dem Chef der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Weiß, mitgeteilt, daß er am Montag in Berlin eintreffen werde, um hier sowohl Landgerichtsdirektor Jürgens wie seine Frau zu vernehmen.

*

Frau Jürgens ist im Laufe der bisherigen Untersuchung von allen Seiten außerordentlich belastet worden, während man dem Landgerichtsdirektor Jürgens ein günstiges Zeugnis ausstellte. Die Ansicht der Kreise, die mit dem Ehepaar in näherer Berührung standen, geht dahin, daß der Landgerichtsdirektor von dem Treiben seiner Frau selbst wohl nichts gewußt hat, ohne die Kraft zu finden, auf Grund der ihm zu Ohren gekommenen Klagen in seinem Haushalt energisch durchzugreifen. Ihrem Gatten hat Frau Jürgens immer wieder erklärt, sie beziehe von dem Betrieb ihres ersten Mannes erhebliche Gewinnanteile, und hat ihn infolgedessen zu einer Lebensführung gedrängt, die dem Einkommen des Richters keineswegs entsprach.

Das Ergebnis der Brüsseler Wirtschaftskonferenz.

Brüssel, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die von den sozialistischen Parteien Belgiens, Frankreichs und Deutschlands veranstaltete Wirtschaftskonferenz in Brüssel ist am Sonnabendabend zu Ende gegangen. An der außerordentlich interessanten Debatte über die verschiedenen Probleme, die durch die Handelsvertragsverhandlungen zwischen den drei Ländern aufgeworfen worden sind, beteiligen sich vor allem Hilferding, Breitscheid und Robert Schmidt von deutscher Seite, Barte, Cayrel, Poisson und Grumbach von französischer Seite, de Broucère und Perard von belgischer Seite. Am Schluß der Beratungen wurde eine längere Entschließung einstimmig angenommen, die von einer aus den Genossen de Brouckère, Hilferding, Cayrel und Grumbach bestehenden Unterkommission ausgearbeitet worden war und in der die Grundlinien für die Aktion der sozialistischen Parteien der betreffenden Länder auf diesem Gebiete festgelegt sind.

In der Einleitung dieser Entschließung bringen die Delegierten der drei vertretenen Parteien die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die juristische und politische Organisation des Friedens nicht genüge und nur die wirtschaftliche Organisation des Friedens diesem Dauer verleihen könne. Ein rascher Abschluß von Handelsverträgen sei zur Sicherung und Festigung des politischen und wirtschaftlichen Friedens trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten unbedingt erforderlich. Die Entschließung zählt u. a. die wesentlichsten Vorbedingungen auf, die erfüllt werden müssen, damit die Handelsverträge auch einen der Allgemeinheit nützlichen Charakter haben.

Als Basis für die Handelsverträge fordert die Konferenz vor allem das Prinzip der Meistbegünstigung und eine möglichst starke Herabsetzung der Zollsätze. Sie fordert, daß sowohl die Verhandlungen zwischen den Industrien als auch der Abschluß von Kartellverträgen unter die Kontrolle der Regierungen und der Parlamente gestellt werden. So soll verhindert werden, daß diese Kartelle eine für die Interessen der Konsumenten und Arbeiterklasse schädliche Monopolstellung erringen könnten. Auch die Kontingentierung gewisser Waren für die Ein- und Ausfuhr soll einer ständigen Kontrolle der Regierungen unterworfen werden, um ungesunde Produktionseinschränkungen zu verhindern, die zu Preissteigerungen oder Arbeitslosigkeit führen könnten.

Die deutschen und französischen Delegierten der Konferenz bringen in der Resolution u. a. noch ihren Willen zum Ausdruck, für den raschen Abschluß eines endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrages einzutreten. — Die Entschließung wurde dem Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Kenntnisnahme übersandt. Außerdem wurde beschlossen, eine großzügige Prüfung der Wirtschaftsfragen bei dem Sekretariat der SAI. anzuregen, und zu der hierzu notwendigen Konferenz auch andere sozialistischen Parteien Europas einzuladen.

Parlamentarischer Wirtschaftsbeirat in Preußen.

Im Preußischen Landtag ist ein Zwölferausschuß gebildet worden als Beirat des Finanz- und Handelsministeriums für ihre wirtschaftlichen Unternehmungen, Finanztransaktionen usw. Als Vorsitzender dieses Ausschusses ist Abg. Dr. Waentig (Halle) gewählt worden. Sein Stellvertreter ist der deutschnationale Abgeordnete Weisermel.

Der Ausschuß hat am Freitag voriger Woche das erstemal getagt und dem Vorschlage des Finanzministers zugestimmt, daß von den vier Millionen, die der preußische Staat für die Zeche Alte Haase als Betriebsdarlehen gegeben hat, 2 Millionen à fonds perdu gegeben werden, wogegen die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke sich verpflichten, die Zeche Alte Haase dauernd in Betrieb zu halten.

In der nächsten Woche wird der Ausschuß sich mit der Organisierung der Elektrizitätswirtschaft und dem Verhältnis zwischen Reich, Staat und privatkapitalistischen Unternehmungen in der Energiewirtschaft befassen.

„Wunde Punkte" am menschlichen Körper.

Die Geheimnisse des Jiu-Jitsu.

Welches ist die verwundbarste Stelle des Körpers, sozusagen unsere Achillesferse? Die Wissenschaft hat diese gefährliche Stelle natürlich längst festgestellt, aber es ist darüber verhältnismäßig wenig in der Oeffentlichkeit bekannt. Das Jiu-Jitsu, die bekannte japanische Methode der Körperfühlung und Kampffertigkeit im Angriff und in der Verteidigung, hat sich diese Kenntnis längst zunutze und zur Grundlage des Systems gemacht. Danach ist eine der empfindlichsten Stellen des menschlichen Körpers der Adamsapfel: ein Druck mit beiden Daumen an dieser Stelle verursacht unerträgliche Schmerzen, und ein Schlag kann hier so verhängnisvoll sein, daß er dauernd die Sprechfähigkeit behindert und die Atmung und das Kauen erschwert. Ein Druck auf die schmalen Höhlen hinter den Ohren und den hinteren Backenknochen ist ebenfalls außerordentlich schmerzhaft, da dieser Druck auf bestimmte Nervenstränge wirkt. Ein Schlag mit dem Handrücken gegen die Schläfe oder gegen die Ohren kann sogar einen Schädelbruch oder eine Gehirnerschütterung herbeiführen. Auch Schläge auf den Nackenwirbel oder die Kinnspitze vermögen den Tod herbeizuführen durch die Zertrümmerung der oberen Rückenwirbel. Auch die Basis der Nase und insbesondere das „Septum", der Verbindungsteil zwischen den Nasenlöchern, gehört zu den „wunden Punkten" des Körpers. Ein fester Druck auf das Bein, etwa eine Handbreit über dem Knie, oder an dem Unterarm in gleicher Entfernung vom Ellbogen ist sehr schmerzhaft, weil dadurch ein Nervenstrang gegen die Knochen gedrückt wird. Das gleiche gilt von einem Schlag auf den Ellbogen, den sogenannten Musikantenknochen. Auch hier wird ein Nerv in Mitleidenschaft gezogen, der den Unterarm kontrolliert, und dessen Druck neben großen Schmerzen völlige Hilflosigkeit herbeiführt.

Mordtaten polnischer Banden.

Berlin, 1. März. (Radiomeldung.)

Die „Berliner Morgenpost" meldet: „Gegen Ende 1925 war es einigen von der Berliner Polizei unterstützten Ortspolizeibehörden gelungen, im Kreise Soldin-Pyritz eine fünfköpfige polnische Räuber- und Mörderbande zum großen Teil unschädlich zu machen. Der Bande konnten im ganzen zehn Morde nachgewiesen werden. Im Januar wurde über alle Bandenmitglieder in Stargard das Todesurteil ausgesprochen. Außer dieser bereits abgeurteilten Bande war in der Altmark, in Pommern, in Hessen und Hannover eine zweite Bande am Werke, die jetzt auch gesprengt worden ist. Ihre letzten Schandtaten waren der Mord an dem Aufseher Reinicke und seiner Frau auf dem Rittergut Neugerslage bei Osterburg und der Mord an dem Oberlandjäger Köhler, den sie am 5. Januar verübten. Den Aufseher Reinicke fürchteten sie, weil er von ihren Verbrechen zu viel wußte und sie gewärtig sein mußten, daß er sie der Polizei übergeben würde, sobald er sie ergriff. Nachmittags drangen sie in seine Wohnung ein und schossen ihn und seine Ehefrau ohne vorangegangenen Wortwechsel nieder. Den Oberlandjäger Köhler erschossen sie hinterrücks, als er auf seinem Rade einen Feldweg nach Osterburg zufuhr. Köhler hatte tags zuvor die Braut des einen Banditen verhaftet, und um sich zu rächen, räumten sie ihn aus dem Wege.

Todessturz vom Baugerüst.

Berlin, 1. März. (Radiomeldung.)

Ein schweres Bauunglück ereignete sich am Sonntagvormittag auf dem Neubau des Großkraftwerkes Rummelsburg an der Köpenicker Chaussee. Dort stürzten zwei Arbeiter aus einer Höhe von 19 Metern in die Tiefe. Der eine war sofort tot, während sein Kollege mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Gattenmord und Selbstmord.

Erfurt, 1. März.

Am Sonnabend schoß der arbeitslose Chauffeur Karl Felgenträger auf seine Frau Else mit einer Pistole. Die Frau, die einen Kinderwagen mit Säugling vor sich her schob, war sofort tot. Eine jüngere Schwester der Getöteten wurde durch einen Schuß in die Hand leicht verletzt. Der Säugling blieb unverletzt. Der Täter flüchtete, als er sah, daß kein Entkommen mehr möglich war, tötete er sich selbst. Der Grund zu der Tat liegt in zerrütteten Familienverhältnissen.

Sizilianische Banditen in Chicago.

Sizilianische Banditen, die nach Amerika ausgewandert sind, machen sich die Gastfreundschaft ihrer neuen Heimat auf ihre Weise zunutze. Sie betreiben ihr altes Handwerk im nämlichen Umfang auch in der neuen Welt und bilden zurzeit den Schrecken der Bevölkerung von Chicago, wo sie ein wahres Terrorregiment ausüben. Die Stadt zittert vor ihren Gewalttaten, und wie groß die allgemeine Furcht vor etwaigen Vergeltungsmaßnahmen ist, erhellt die Tatsache, daß nicht weniger als dreihundert Bürger sich geweigert haben, als Geschworene bei einer Gerichtsverhandlung mitzuwirken, in der gegen drei Anführer der Bande, die kürzlich von der Polizei verhaftet werden konnten, verhandelt werden sollte. Die Regierung beschäftigt sich eingehend mit diesen unglaublichen Zuständen. Staatssekretär Davis hat erklärt, daß er der Einwanderungspolizei von Chicago die Anweisung erteilt habe, alle Personen auszuweisen, die im Verdacht ständen, unter Umgehung der im Einwanderungsgesetz vorgesehenen Beschränkungen in den Staaten Aufenthalt genommen zu haben.

In der Folterkammer chinesischer Piraten.

Der höchste Gerichtshof in Hongkong hat kürzlich einen der gefährlichsten chinesischen Piraten zu lebenslänglichem Zuchthaus und zwanzig Hieben mit der „Katze" verurteilt. Es ist dies der zweite Fall, daß einer der verwegenen Banditen, die an der Mündung des Schukjang-Flusses ihr Unwesen treiben und den Seehandel schwer gefährden, der verdienten Strafe zugeführt werden konnte. Der Verurteilte gehörte zu der Bande der Piraten, die im Juli 1925 ein großes Passagierboot auf dem Fluß in den Gewässern der britischen Staatshoheit kaperten, die Passagiere in die Berge verschleppten und dort monatelang festhielten, bis die geforderten Lösegelder in Höhe von mehreren tausend Pfund Sterling erlegt worden waren. Die Aussagen der Zeugen entrollten ein anschauliches Bild von den grausamen Methoden, die bei den Banditen gang und gäbe sind und an die schlimmsten Zeiten der Folterei erinnern. Ein Zeuge erklärte, daß auf seinen Einwand, daß er zu arm sei, um den geforderten Betrag aufbringen zu können, der Räuberhauptmann den Befehl gab, ihm sein rechtes Ohr abzuschneiden. Er selbst reichte dem Henker ein elegantes, aus Europa stammendes Rasiermesser, mit der er die Operation vollzog. Als das Ohr unter dem Gelächter der Umstehenden abgeschnitten war, befreite man den Unglücklichen von den Fesseln und überließ es ihm, die Wunde zu kurieren. Mit dem Verstümmelten befand sich auch dessen Onkel in der Gewalt der Räuber, der aus dem gleichen Grund seines mächtigen Schnurrbarts beraubt wurde, was in China als höchster Schimpf gilt. Die Schnurrbarthaare und die abgeschnittenen Ohren — denn es blieb nicht bei dem einen Opfer — wurden säuberlich verpackt und mit der Post an die Angehörigen geschickt mit der Nennung der Summe des für die Freilassung geforderten Lösegeldes. Auf diese Weise erbeuteten die Räuber 60 Pfund Sterling. Einer der Freigelassenen erkannte später auf einem Schiff einen der Räuber wieder, und so gelang es der Polizei, einen der Banditen in die Hände zu bekommen, ein seltener Fall, da sich jeder aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen scheut, eine Anzeige zu erstatten.

Folgen der Posener Gasexplosion. Wie die „Danziger Zeitung" aus Posen meldet, wurde die deutsche Kreuzkirche durch die Explosion schwer beschädigt. Sämtliche Scheiben und Fensterkreuze wurden zertrümmert. In der Nähe der Orgel ist auch das Innere der Kirche verwüstet worden. Der Sachschaden ist sehr beträchtlich.

Vom Pferde gestürzt. Der hervorragende Schauspieler und Regisseur der Bayerischen Staatstheater Kurt Stieler erlitt am Sonntagvormittag bei einem Spazierritt im Englischen Garten einen schweren Unfall. Sein Pferd scheute vor einer Schar Kinder und warf den Reiter ab, der schwere Verletzungen am Kopf und Rücken und außerdem einen Unterschenkelbruch erlitt.

Drahtlose Uebermittelung von Landkarten. Der Washingtoner Radiotechniker Jenkin hat einen Apparat konstruiert, der, wie er angibt, die von einer Landschaft aufgenommenen und mit der Feder gezeichneten Karten kopiert und durch die Luft auf beliebige Entfernungen hin versendet. Amerikanische Offiziere, die diese Neuerung praktisch erprobt haben, sind des Lobes über die Erfindung voll und erklären, daß sie im Kriegsfall von größtem Nutzen sein werde, wenn es darauf ankomme, Geländekarten an verschiedene Abteilungen rasch zu übermitteln.

Die Leipziger Messe.

Eröffnung unter schlechten Vorzeichen.

Leipzig, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Leipziger Messe wurde am Sonntag in gewohnter Weise eröffnet. Sie steht durchaus unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise. So ist, wenn auch nicht in dem Maße wie in Königsberg, die Zahl der Aussteller zurückgegangen. Neu ist auf der diesjährigen Frühjahrsmesse in Leipzig die deutsche Kunstseidenausstellung im Grassi-Museum. Die Ausstellung bietet viel Interessantes und bringt den fabelhaften Aufschwung der deutschen Stapelfaserindustrie zum Ausdruck. Ein Hauptziel der Besucher ist auch die Fachausstellung „Brennstoff, Kraft und Wärme". Damit ist eine Gießerei-Ausstellung verbunden, die am Sonntag Tausende anzog.

Ueber den Verlauf der Messe dürfte kaum Unklarheit herrschen. Da in der Wirtschaft keine Wunder vorkommen, ist mit einem schlechten Auftragseingang im allgemeinen zu rechnen. Ueber diese Auswirkung der schlechten Arbeitsmarktlage, der hohen Arbeitslosenziffer und der weiter sinkenden Kaufkraft sind sich die Aussteller im klaren und erwarten nur ein minimales Geschäft. Der auffallende Inlandsmarkt dürfte sehr wahrscheinlich nicht durch Export ausgeglichen werden.

Zusammenfassend kann über die bisherige Leipziger Frühjahrsmesse bis jetzt folgendes gesagt werden: Der deutsche Arbeitsmarkt hat durch den Verlauf der Leipziger Messe nichts Wesentliches zu erwarten. Dadurch werden alle jene Maßnahmen, durch die man die Wirtschaft wieder „anzukurbeln" versucht, um so dringlicher.

Sudetendeutsche Protestversammlung gegen die Sprachenverordnung.

Teplitz, 1. März. (MTV.)

Gestern fand im Hotel „Neptun" eine Protestversammlung gegen die Sprachenverordnung statt, an der ungefähr 2000 Personen teilnahmen. Nach einer längeren Rede wurde eine Kundgebung beschlossen, in der es u. a. heißt: „Das Sudetendeutschtum verlangt von seinen Vertretern, daß diese im In- und Auslande den Kampf gegen das ihm angetane Unrecht mit allen gebotenen und zulässigen Mitteln führen. Es könne nicht eher Frieden im Lande herrschen, bis das Recht der deutschen Sprache anerkannt und dem deutschen Volkstum die volle Gleichberechtigung zuerkannt sei. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer unter Abfingung deutscher Lieder nach dem Marktplatz, wo Abgeordneter Kallina eine Rede halten wollte. Er wurde jedoch von einem Regierungsvertreter am Sprechen gehindert. Gendarmerie zerstreute darauf die Menge.

Der Entscheidungskampf.

Paris, 1. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der parlamentarische Kampf um die Finanzreform in Frankreich ist jetzt in das entscheidende Stadium getreten, nachdem der Senat in der Nacht zum Sonntag mit 268 gegen 21 Stimmen die Regierungsvorlage angenommen hat. Die demokratische Linke ist, wie von Anfang an zu erwarten war, umgefallen. Sie hat in ihrer großen Mehrheit trotz des entgegengesetzten Beschlusses des Exekutivkomitees der Radikalen und Radikalsozialen Partei für die Zahlungssteuer gestimmt und ist damit ihren Fraktionskollegen in der Kammer, die erst am Freitag mit aller Schärfe gegen das Doumersche Projekt Stellung nahmen, in den Rücken gefallen.

Die Frage ist nun, wie sich die Kammer zu den Beschlüssen des Senats stellen wird. Die sozialistische Fraktion hat bereits schärfste Opposition beschlossen, während die Radikalsozialen in starker Verlegenheit sind. Ein neuer Umfall würde ihre Autorität gegenüber der eigenen Wählerschaft unhaltbar untergraben. Nach den Aeußerungen der ihnen nahestehenden Presse sind sie bereit, die von dem Senat wiederaufgenommenen indirekten Steuern zu bewilligen, wenn Doumer auf die geforderte Herabsetzung des für die Zahlungssteuer in Aussicht genommenen Tarifs von 1,8 auf 0,5 Prozent eingeht, die die Zahlungssteuer zu einer Art statistischen Abgabe machen und den Radikalsozialen ermöglichen würde, sie als Vorstufe zu der von ihnen angestrebten Reform der Umsatzsteuer hinzustellen.

Bayerische Volkspartei und Volksbegehren. In einem am Sonntag gefaßten Beschluß der Landesvorstandschaft der Bayerischen Volkspartei wird zum Ausdruck gebracht, daß die Partei das Volksbegehren der Sozialdemokratie und der KPD. grundsätzlich ablehnt. Dagegen ist die Partei bereit, an dem Kompromiß der Regierungsparteien über die Fürstenabfindung mitzuarbeiten, wobei sie aber die Auffassung vertritt, daß durch die Annahme einer solchen reichsgesetzlichen Regelung die Auseinandersetzung mit dem Wittelsbacher Hause nicht berührt wird.

Gummi-Turnschuhe Gummi-Bieder Gr. Steinstr. Nähe Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260301-17/fragment/page=0003

Aus dem Gerichtssaal.

Die täglichen Opfer der kapitalistischen Gesellschaft.

In einer Zeit, in der fast täglich die Zeitungen von Zusammenbrüchen großer wirtschaftlicher Unternehmungen berichten, spielt der Konkurs eines kleinen Geschäftsmannes oder Handwerkers kaum noch eine Rolle. Und doch sind es meist kleine soziale Tragödien, die mit dem Konkurs dieser kleinen Leute enden. Die meisten, die durch die allgemeine wirtschaftliche Krise jetzt als selbständige Geschäftsleute vertrieben werden, waren ehrliche und fleißige Leute. Sie haben sich ihr ganzes Leben schwer geplagt, haben sich über Krieg und Inflation hindurchgerettet. Und nun werden auch sie in den Strudel der kapitalistischen Produktionsanarchie gerissen und fortgespült, um sich dann als Proletarier, als einfache Arbeiter, in den Produktionsprozeß einzugliedern, soweit sie heute überhaupt irgendwo Unterkunft finden.

Vielen Tausenden kleiner Geschäftsleute und Handwerker bleibt heute keine andere Wahl. So hatte sich gestern vor der hallischen Strafkammer wegen betrügerischen Bankrotts Frau D. aus Halle a. d. S. zu verantworten. Die Frau betrieb in der Sternstraße ein kleines Zigarrengeschäft, das so viel abwarf, daß sie mit ihrer Tochter über Wasser blieb. Eines Tages aber wurden Wechsel präsentiert, Rechnungen auf abgenommene Waren liefen ein. Die Frau aber konnte nicht bezahlen. Die Gläubiger drängten und sie wußte sich keinen anderen Rat, als Konkurs anzumelden. Der Konkursverwalter kam, beschlagnahmte die Waren und klebte auf alle Hausgegenstände, die er für überflüssig hielt, den blauen Vogel. Bevor sie den Konkurs angemeldet hatte, soll sie noch eine Kiste mit Zigarren aus dem Geschäft in ihre Wohnung geschafft haben. Deshalb war sie vom Schöffengericht wegen betrügerischen Bankrotts verurteilt worden. Sie hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, mit dem Erfolg, daß die Strafkammer sie gestern von der Anklage des betrügerischen Bankrotts freisprach, wegen einfachen Bankrotts aber zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilte. Die Frau beteuerte unter heftigem Schluchzen, daß sie sich ihr ganzes Leben schwer geplagt habe und jetzt durch Tag- und Nachtarbeit mit Weißnähen ihren Unterhalt verdiene und nie die Absicht gehabt habe, andere Menschen zu betrügen. Durch die Zeugenaussagen war auch nicht festgestellt worden, daß sie vor der Konkursanmeldung Waren aus dem Geschäft nach ihrer Wohnung geschafft hat.

Wetter-Voransage.

Dienstag: Wolkiges, zeitweise aufheiterndes, mildes Wetter, etwas Regen.

Mittwoch: Wechselnd bewölktes, mildes Wetter, mäßiger Regen. Zeitweise sonnig.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: Gottlieb Kasparek; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. —

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44, Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

Arbeiter-Wohlfahrt. Die Ebert-Gedächtnisfeier der Kindergruppe kann umständehalber erst Dienstag, den 2. März, nachm. 6 Uhr, stattfinden.

Jungsozialisten. Mittwoch, den 3. März, abends 8 Uhr, im Heim (Weidenplan 20): Vortrag des Gen. Naumann über „Lily Braun". Gäste willkommen.

SAJ. Das Turnen fällt heute abend aus. Dafür treffen sich alle Genossinnen und Genossen, die die Frühlingsfeier mit gestalten helfen wollen, pünktlich ½8 Uhr, im Jugendheim (Weidenplan), wo eine Leseprobe und Programmbesprechung stattfindet. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Schützenvereinigung Vorwärts (E.V.) Halle a. S.

Sonnabend, den 6. März, abends 7½ Uhr, in der „Gosenschenke" (Burgstr 71): Außerordentl General-Versammlung.

Aus dem Bezirk.

Wolfen. Montag, den 1. März, abends 7½ Uhr, im Gasthof Klintig: Parteiversammlung. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht. Gäste willkommen.

Merseburg. Dienstag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, in der „Funkenburg": Oeffentliche Kundgebung der Sozial- und Unfallrentner, die gegen die Fürstenabfindung und den Rentenraub Stellung nehmen soll. Alle Invaliden und Witwen, sowie die Vertreter der Arbeiterschaft werden gebeten, zu erscheinen.

Naundorf. Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr, bei Wesenigk: Generalversammlung. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Beuchlitz u. Umg. Dienstag, den 2. März, abds. 7 Uhr, im Lokal Schubert in Beuchlitz: Versammlung der Arbeitsinvaliden, die für den Volksentscheid und für Rentenerhöhung eintreten soll. Die Einwohnerschaft ist hiermit eingeladen.

Rietleben. Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Sonne": Mitgliederversammlung. Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend notwendig.

Niederbeuna. Dienstag, den 2. März, abds. 8 Uhr, im „Bahnhofsrestaurant": Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Fürstenabfindung. Ref. Reichstagsabg. Peters. Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist notwendig.

Eisleben. Vaterländ. republikanischer Frauenbund. Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": Vortrag über „Eherecht". — Sonntag, den 7. März, abends 6 Uhr, im „Volkshaus": Stiftungsfest. Konzert, Theater und Ball.

Rietleben. Mittwoch, den 3. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Sonne": Versammlung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, die zur Fürstenabfindung Stellung nehmen soll. Alle Invaliden- und Unfallrentner sowie die Einwohnerschaft werden eingeladen.

Babitz. Mittwoch, 3. März, abds. ½8 Uhr: Oeffentliche Volks-Versammlung Volksentscheid und Fürstenhabgier. Referent Parteisekretär Petersdorff (Halle) Alle wahlberechtigten Frauen und Männer sind freundlichst eingeladen.

Wolfen. Donnerstag, den 4. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Klintig: Oeffentl. Versammlung. Thema: Fürstenabfindung. Ref. Genosse Schönlank (Halle). Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Falkenberg. Donnerstag, den 4. März, abds. 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus": Oeffentl. Versammlung. Der bekannte Führer der Eisenbahnerschaft Männe (Berlin) wird in dieser Versammlung sprechen.

Könnern. Freitag, den 5. März, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": Oeffentliche Wählerversammlung. Schriftleiter Schulz (Halle) spricht über das Thema „Volksentscheid gegen Fürstenhabgier". Alle wahlberechtigten Einwohner von Könnern sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Kreis Sangerhausen.

Oeffentliche Versammlungen:

Montag, den 1. März, abends 8 Uhr:

Voigtstedt. Im Gasthof. Referent Gen. Brüll (Sangerhausen).

Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr:

Edersleben. Im Gasthof. Referent Gen. Brüll (Sangerhausen).

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Donnerstag, den 4. März, abds. 7½ Uhr: Saaldienst. 1., 2. u. 4. Abteilung im „Volkspark", 3. und 5. Abteilung im „Wintergarten".

— **Festausschuß.** Nächste Sitzung Mittwoch, den 3. März.

— **Unterkassierer.** Alle Unterkassierer müssen sich umgehend mit den Karten zum 27. März versehen.

— **5. Abteilung** (Jungreichsbanner). Mittwoch, den 3. März, abds 8 Uhr, im „Trompeterschlößchen", Merseburger Straße: Jugendversammlung. Nichterscheinen schriftlich entschuldigen.

Ortsgruppe Delitzsch. Dienstag, den 2. März, abds. 8 Uhr im „Ring": Mitgliederversammlung. Es müssen alle Kameraden erscheinen, da wichtige Tagesordnung vorliegt.

Ortsgruppe Eilenburg. Programm für den Monat März: 6. März: Werbeversammlung in Mansdorf. Ref. Kam. Landrat a. D. Naute. Abfahrt mit Postauto 7.45 Uhr ab Postamt. Fahrpreis hin und zurück 1 Mk — 7. März: Zwangloses Beisammensein im Restaurant Erdisch, Eilenburg-Ost. — 13 März: Werbeabend in Delitzsch. Näheres folgt noch. — 14. März: Zwangloses Beisammensein in Jägers Ballhaus. — 18. März, abends 8 Uhr, in der „Stadthalle": Gedenkfeier zu Ehren der März-Gefallenen. Antreten zum Umzug 6 45 Uhr an der Bergschule. — 23 März: Zwangloses Beisammensein in der „Stadthalle".

Genossen! Werbt neue Leser!

Stadt-Theater.

Heute Montag 8 Uhr: Die Gabe Gottes

Dienstag 8 Uhr: Ein Walzertraum Niki: Max Stojewski.

Mittwoch 8 Uhr: „Dona nobis pacem".

WALHALLA

Direktor Paul Blüthgen

8 Uhr Tel. 8385

Heute Première!

Die wunderbare **Zwergen-Revue** vom Wintergarten Berlin im Rahmen des großen **Varieté-Programms!!** 1270

Tageskasse ab 11 Uhr

Damentaschen

Mappen Portemonnaies Rucksäcke

Ia Qualität billig 1256

Hugo **Krasemann**

Nur Schmeerstr. 19

Lederwar.-Spezialhaus

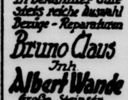
Gold- und Silberwaren, Trauringe

Oskar Grzimbke Inh.: Alfred Koch

Goldschmied 1259

Landwehrstraße 7.

Werkstatt für Reparaturen u. Neuarbeit.



Schirme

in bekannter Güte stets reiche Auswahl Bezüge - Reparaturen

Bruno Claus Inh. Albert Wande

Große Steinstr. Ecke Neunhäuser

Tausende Zöpfe

Stück von 3 Mk. an

Alle Ersatzteile billigst. 1257

Damen-Kopfwäsche 1,00 mit Ond. 1,50 Mk.

Zopf-Siebert

33 Leipziger Str. 33

Kurhaus Wittekind

Dienstag, den 2. März: 1271

Gr. Schlachtefest!!

Frühmorgens **Wellfleisch**, abds. **div. Wurst**

Das **Kostümfest** des **Freien Sängerchors** am Sonnabend, dem 6. März, im „**Zoologischen Garten**" verspricht Mitgliedern nebst Angehörigen sowie allen hiermit geladenen Gästen frohe **stimmungsvolle Stunden**

Beginn abends 8 Uhr

DER »WOLDT«

Die Arbeitswelt der Technik

Das 6. Bücherkreiswerk

ist soeben erschienen!

Ausgabe des Buches, sowie weitere Mitgliederannahme durch Zahlstelle »Der Bücherkreis«

Volksblatt-Buchhandlung

Halle a. S., nur Gr. Ulrichstraße 27.

Wir fahren zum

Stierkampf

in C. T. Gr. Ulrichstraße 51.

Täglich 4 00, 6 10, 8 20 Uhr.

Volkspark.

Täglich: Kräftigen Mittagstisch zu 75 Pfennig. 1261

Zur **Schulentlassungsfeier** preiswerte Geschenke in **Uhren, Gold- u. Silberwaren** empfiehlt

Alfred Koch

Goldschmied vormals O. Grzimbke

Landwehrstraße 7 (Nähe Riebeckplatz).

Die Beleidigung gegen Frau Else Ernst nehme ich schiedsamtlich zurück. **Franz Ernst** Braunsdorf.

Fahrräder

Triumph, Panther, Presto, Viktoria, Opel 1255

Reparaturwerkstatt

Paul Krause

Kleine Ulrichstraße 18a

Zahlungserleichterung.

Suchen Sie Angestellte Arbeiter Beamte Handwerker so inserieren Sie im „Volksblatt".

Konsum-Produktiv-Genossenschaft „Volkshaus" Bockwitz

Bilanz per 31. Dezember 1925.

Vermögen	M.	Schulden	M.
Grundstück	15 725,00	Hypotheken	12 675,00
Kasse	10 45	Hausanteile	2 131,88
Bank	10,86	Geschäftsanteile	1 525,00
Waren	3 493,26	Reservefonds	2 650,61
Inventar	2 700,00	Konto-Korrent	3 667,82
Bank GEG	369,15	Guthaben der ausgeschiedenen Genossen	93,75
Konsum-Sparkasse	604,60	Herberge	55,48
		Kreditoren	79,15
		Gewinn	34,03
	22 913,32		22 913 32

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Verlust	M.	Gewinn	M.
An Zinsenkonto	395,88	Per Warenkonto	16 442,32
„ Steuerkonto	2 967,02	„ Mieten u. Verschiedenes	4 009,05
„ Grundstücksreparaturen	1 604,18		
„ Unkostenkonto	13 559,59		
„ Grundstücks-Abschreibung	1 500,00		
„ Inventar-Abschreibung	390,67		
„ Bilanzkonto-Gewinn	34,03		
	20 451,37		20 451,37

Mitglieder-Bewegung.

Bestand am Anfang des Jahres 1925 307
Neu eingetreten im Laufe des Jahres 1925 39
Summa 346

Ausgeschlossen wurden 49
Ausgetreten durch Kündigung 19
Verstorben . . . . . 5 [illegible]
Bestand am Schluß des Jahres . . . . . [illegible]
Die Haftsumme der Genossen beträgt 278 × 20 = 5 460,00 [illegible]

1265 **Der Vorstand:** Meergans, Schiller, [illegible]

Konsum-Produktiv-Genossenschaft „Volkshaus" Bockwitz

Sonntag, den 14. März, nachm. 2 Uhr, im „Volkshaus" (Billardzimmer) in Bockwitz:

Ordtl. Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht: a) des Vorsitzenden, b) des Aufsichtsrates.
2. Genehmigung der Jahresbilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Wahl von drei statutenmäßig ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern.
4. Aenderung der §§ 14 und 26 des Statuts
5. Anträge nach § 10 des Statuts.

Wir ersuchen die Genossenschafter pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Aufsichtsrat.

Ewald Stahn, Vorsitzender

Anträge zur Generalversammlung müssen spätestens fünf Tage vorher beim Vorstand schriftlich eingegangen sein. 1266

Drucksachen jeder Art übernimmt die Genossenschaftsdruckerei

Noch billiger

infolge Riesenfängen

aus frisch eintreffenden Waggons Ware von ganz vorzüglicher Qualität, weil Dampfer kurze Reise und gute Fahrt.

Gr. Ulrichstr. 58 1272

Grüne Heringe	Schweden, mittel ₰	17 ₰
Grüne Heringe	große Norweger . ₰	15 ₰

Sie können davon auch Bratheringe und Hering in Gelee herstellen.

Seelachs	Nordsee, ohne Kopf . . ₰	20 ₰
Kabeljau	ohne Kopf, groß, fett und zart . ₰	22 ₰
Karbonaden	vollständig bratfertig ₰	35 ₰
Goldbarsch	ohne Kopf ₰	28 ₰

Ferner:

Kieler Sprotten	Kiste 1 ₰ Inhalt nur	60 ₰
Norweg. Bücklinge	Kiste 5 ₰ Inhalt nur	115 ₰

Riesenauswahl in **Räucherwaren Fischkonserven**

Großer Versand nach auswärts.

Billigste und bequemste Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Gastwirte und Anstalten!

Telephone: 2705, 1274, 1275, 4966.

Amtliche Bekanntmachungen

Delitzsch

Auslegung der Eintragungslisten.

Die Eintragungslisten für ein Volksbegehren nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes über den Volksentscheid liegen in der Zeit vom 4. bis einschließlich 17. März 1926 aus. An den Werktagen während der Vormittagsdienststunden von 8 bis 1 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 6, für die Wähler des 1. bis 3. Wahlbezirks; im Rathaus, Zimmer Nr. 1, für die Wähler des 4. bis 6. Wahlbezirks; im Rathaus, Hintergebäude, Zimmer 1, für die Wähler des 7. bis 8. Wahlbezirks an den Werktagen nachmittags von 5 bis 7 Uhr und Sonntag von 9 bis 1 Uhr für sämtliche Wähler im Rathaus-Stadtverordneten-Sitzungssaal, 2 Treppen.

Die Eintragungsberechtigten haben vor ihrer Eintragung einen Ausweis vorzulegen. 1264

Zur Eintragung ist nur zugelassen: a) wer in die zuletzt abgeschlossene oder laufend geführte Stimmliste oder -Kartei eingetragen ist, es sei denn, daß das Stimmrecht inzwischen verloren gegangen ist oder während der Eintragungsfrist ruht, b) wer einen Eintragungsschein hat.

Ein Eintragungsschein für auswärts wird auf Antrag ausgestellt.

Delitzsch, den 26. Februar 1926.

Der Magistrat.

Helbra

Volksbegehren über Fürstenabfindung.

Durch Verordnung der Reichsregierung vom 15. Februar 1926 ist das Volksbegehren über die Fürstenabfindung zugelassen. Die Verordnung ist in der Nr. 39 des Deutschen Reichs- u. Preußischen Staatsanzeigers veröffentlicht (§ 71 der Reichsstimmordnung vom 14. März 1924, RGBl. S. 173).

Die Eintragungslisten liegen in der Zeit vom 4. März bis einschl. 17. März 1926 auf dem hiesigen Gemeindeamt (Sitzungssaal) zur Einzeichnung wie folgt aus: Wochentags von vormittags 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr, Sonntags von vormittags 10 bis 12 Uhr.

Zur Eintragung wird zugelassen, wer in die laufend geführte Stimmkartei eingetragen ist, es sei denn, daß das Stimmrecht verloren gegangen ist oder während der Eintragungsfrist ruht.

Diejenigen Personen, welche seit der letzten Wahl bis zum Eintragungstage 20 Jahre alt werden, haben sich auf dem Gemeindebureau einen Eintragungsschein ausstellen zu lassen.

Andere Personen z. B., welche hier auf Besuch weilen usw. dürfen zur Eintragung nur zugelassen werden, wenn sie einen Eintragungsschein vorlegen.

Helbra, den 26. Februar 1926.

Der Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260301-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 1. März 1926.

Wanderungen und Fremdenverkehr in Halle.

„Wem Gott will rechte Gunst erweisen, den schickt er in die weite Welt." sang vor genau hundert Jahren der Poet Eichendorff. Die Ansichten über diese Vergünstigung haben sich indessen im Laufe der Zeit bei vielen Menschen geändert. Besonders wenn sie arbeits- und wohnungslos wurden und gezwungen ihren Aufenthaltsort wechselten. Die Statistik ist in der Lage, über Wanderungen und Fremdenverkehr an einem Orte genaue Auskunft geben zu können, und zwar mit Hilfe der Polizei, die jeden Fremden, sofern er ihr gemeldet wird, nach dem bewährten Rezept des Dichters Christian Morgenstern, wie folgt prüft:

„Welchen Orts er bis anheute war,
welchen Stands und überhaupt,
wo geboren, Tag und Jahr,
wieviel Geld er hat und was er glaubt."

Zwar wird es keiner besonderen statistischen Erhebungen bedürfen, um festzustellen, daß die meisten Leute in Halle, wie anderorts auch, kein Geld haben. Warum sie aber keins haben, dürfte den meisten erst klar werden, wenn sie sich eingehend mit unseren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zuständen befassen und — es läßt sich nicht vermeiden — hierbei auch statistisches Material mit in Kauf nehmen.

Doch lassen wir die Geldfrage für heute unerledigt und befassen wir uns mit den Wandernden und Fremden, die in der Statistik der Stadt Halle einen beträchtlichen Raum einnehmen. In Halle stehen 5189 Zugezogene 5194 Fortgezogenen im 3. Vierteljahr 1925 gegenüber, während im gleichen Zeitraum 1924 die Zahl der Zuziehenden 4520 und die der Fortziehenden 4815 betrug. Es wäre verfehlt, aus einer steigenden Wanderungs- und Fremdenverkehrsziffer einer Großstadt wie Halle unbedingt auf einen wirtschaftlichen Aufstieg schließen zu wollen. Gerade in Krisenzeiten treibt die Not viele Industriearbeiter in die Großstadt, die sie dann voller Enttäuschung wieder verlassen. Das zeigt deutlich die Statistik von Halle, die genaue Angaben über die Berufszugehörigkeit der Zu- und Fortziehenden enthält. Unter den Zugezogenen befanden sich 1438 männliche und 152 weibliche Personen, die Handwerks- und Industrieangehörige waren.

Von den übrigen Zugezogenen (in den Zahlen sind Haushaltungsangehörige nicht enthalten) gehörten folgenden Berufsgruppen an: Landwirtschaft 79, Handel und Verkehr 713, häusliche Dienste 1049, Militärpersonen, Beamte, Angehörige freier Berufe 448 und ohne Beruf und Berufsangabe 790 Personen. Unter den Fortgezogenen, ohne Haushaltungsangehörige insgesamt 4705 Personen, behauptet die Industrie- und Handwerkergruppe mit 1405 Angehörigen ebenfalls die erste Stelle. Das Bild wäre unvollständig, würde nicht der Durchreisenden und Besuchsfremden gedacht, die in den drei unserer Betrachtung zugrunde liegenden Monaten, Aufenthalt in Halle nahmen. Die Herbergsfremden und »logiergäste, die „Kunden", sind allerdings in der Statistik nicht berücksichtigt; sondern man erfährt nur, daß vom Juli bis September 1925 aus Gast- und Logierhäusern 24 125 Fremde und außerdem 385 Besuchsfremde gemeldet wurden, von denen 889 ihren Wohnsitz im Auslande hatten. Diese Zahlen mögen den Statistiker interessieren; für den Arbeiter aber wäre es von größerer Bedeutung, zu erfahren, welchen

Einfluß der Fremdenzustrom auf den Arbeitsmarkt

hat, wieviel Arbeitsuchende unter den Zuwanderern waren? Die sonst so redselige Statistik weist über diese Zusammenhänge noch große Lücken auf. Insgesamt meldeten sich im 3. Vierteljahr 1925 auf dem öffentlichen Arbeitsnachweis und den Verbandsarbeitsnachweisen 11 990 Arbeitsuchende, für die 9852 offene Stellen vorhanden waren und von denen 8434 besetzt wurden. Außerdem wurden durch gewerbsmäßige Stellenvermittlung 1173 Beschäftigungsgelegenheiten erwirkt. Welchen Umfang das Erwerbslosenelend in den letzten vier Monaten angenommen hat, zeigt am besten der Umstand, daß die

Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Halle

von 452 Ende September 1925 auf 4980 Mitte Februar 1926 anschwoll. Die Zahl der gemeldeten Erwerbslosen überhaupt beträgt zurzeit rund sechseinhalb Tausend.

Das Zeitalter der „Rettung" Deutschlands wird durch die ungeheure Erwerbslosigkeit besonders gekennzeichnet. Und mancher Arbeiter, der durch hochtönende Versprechungen verleitet, sich die „Retter" mit aufhalfte, wird einsehen, daß die ihm versprochenen besseren Zustände nur dann eintreten werden, **wenn er selbst ununterbrochen für seine wirtschaftliche Besserstellung durch die Organisation kämpft.**

P. G.

Volkstrauertag?

Am letzten Tage des Februar, also am gestrigen Sonntag, sollte auf Betreiben des „Deutschen Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge" ein „allgemeiner Volkstrauertag" stattfinden, der dem Gedenken der in fremder Erde ruhenden Kriegsgefallenen geweiht sein sollte. So wollte es wenigstens auch die Reichsregierung, die Flaggenhissung angeordnet hatte, um der ernsten Veranstaltung einen offiziellen Charakter zu geben. Soweit Meldungen aus dem Reiche vorliegen, haben die Veranstaltungen überall einen durchaus würdigen Verlauf genommen, wohl nirgends wurde solch ein widerlicher und abstoßender Rummel aufgeführt, wie ausgerechnet wieder in Halle. Was man im Vorjahre infolge der wegen des Todes des ersten Reichspräsidenten angeordneten Landestrauer nicht ganz durchführen konnte, das wurde von den Arrangeuren des hallischen „Volkstrauertages 1926" gründlich nachgeholt. Die ganze Veranstaltung trug von Anfang an den Charakter eines freudigen Ereignisses, das Leute begehen, die ohne solchen Rummel nicht existieren können. Schon auf dem Wege zum Gertraudenfriedhof wurden die bekannten biechernen Geräusche verursacht. Die Zeit war so gewählt, daß auch die Kirchengewaltigen dem nationalistischen Spektakel nicht hinderlich sein konnten.

Auf dem Heldenfriedhof selbst wurden die altbekannten Hetzreden wiedergekaut, von Freiheit und Knechtschaft gefaselt und der „Dank des Vaterlandes" in allen Tonarten gepriesen. Es verlohnt nicht, sich über die zu Häupten der Weltkriegsopfer verzapften Geistlosigkeiten irgendwie zu ereifern. Nur, um unserer Chronistenpflicht zu genügen, stellen wir noch fest, daß die sich in immer aufdringlicherer Weise als lokale Retter aufspielenden „Helden" gerufen haben und daß sie alle, alle gekommen waren: die Kriegers- und Militärvereine von Halle und der weiteren Umgebung, die Gesangs-, Schützen- und sonstigen Vergnügungsvereine und auch die „Vaterländischen" Verbände mit ihren allerdings sehr gelichteten Beständen. Die Hosenmäße des Wehrwolf, Scharnhorst, Jungstahlhelm erregten ebenso das Mitleid der Zuschauer, wie die Handvoll „Arbeiter", die unter dem Kommando eines uniformlichen Fettklopes hinter der schwarzweißroten Hakenkreuzfahne der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei" einherstolzierten. Daß die Veranstaltung eine echt hallische Trauerkundgebung war, dafür sorgten nicht nur die mit weißer Binde und Zylinderhut einherstolzierenden Heimfrieger, sondern machten vor allem die in Massen aufgebotenen Musikkapellen durchaus glaubhaft. „Fridericus Rex", „Hakenkreuz am Stahlhelm", „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" und — „So leb'n wir, so leb'n wir, so **leb'n wir alle Tage"** haben jeden Zweifel über den Sinn der Veranstaltung beseitigt. Vier Wochen lang haben die Düsterlinge schon nicht gegen die Republik demonstriert, da war es allerhöchste Zeit, daß die republikanische Regierung eine Gelegenheit zur Entfaltung nationalistischen Rummels rot, ohne die der ganze Zauber noch schneller zerstieben würde, als er es jetzt schon tut. Daß der „Volkstrauertag" schließlich in eine allgemeine Sauerei überleitete, daß die buntangemalten Gestalten bis tief in die Nacht ruhig ihres Weges Gehende in der unverschämtesten Weise belästigten und das Ueberfallkommando dauernd in Bewegung setzten (siehe heutiger Polizeibericht), versteht sich von selbst. Parole: „So leben wir . . ." am Volkstrauertag.

Die große Masse des Volkes — zur Ehre der verständigen Hallenser sei dies ausdrücklich festgestellt — die unter dem Kriege litt und heute noch leidet, die den Frieden herbeisehnte und ihn heute befestigt und erhalten wissen will, hat mit dieser gestern in den Straßen herumlärmenden, in phantastischer Kriegsbemalung und „königlicher" Uniform einherstolzierenden Gesellschaft nichts gemein. Und wenn sie der Gefallenen des Weltkrieges in würdiger Weise gedenkt, muß sie zugleich eingedenk sein, daß es ihre Pflicht ist, sich ganz entschieden gegen die reaktionären Kreise zu stellen, die an den Gräbern ihrer Opfer Trauer heucheln. Das ist gestern erfreulicherweise geschehen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Organisation der wirklichen Frontkämpfer, hat an der Veranstaltung natürlich nicht teilgenommen, sondern in den Vormittagsstunden eine wirkliche und erhebende Trauerkundgebung an den Gräbern der Kriegs- und Revolutionsopfer veranstaltet. Ueber den Verlauf dieser Feier ging uns folgender Bericht zu:

Das Reichsbanner an den Heldengräbern.

Die Fahnenabordnungen und ein starker Zug Begleitmannschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Halle zogen am Sonntagvormittag zum Gertraudenfriedhof, um anläßlich des allgemeinen Volkstrauertages die Gefallenen durch Niederlegung eines Kranzes, der mit einer Schleife in den Reichsfarben geschmückt war, zu ehren. Bei gesenkten Fahnen wurde in einer Ansprache der für die Freiheit des deutschen Volkes gefallenen Helden gedacht. Aber auch die Märtyrer der Republik, die für ihre Ueberzeugung ihr Leben ließen, sollen am Volkstrauertag nicht vergessen sein. Den Toten gilt der Eid: Deutsche Republik, wir schwören, letzter Tropfen Blut soll dir gehören!

Die eindrucksvollen Worte fanden bei den ergriffenen Zuhörern starken inneren Widerhall. Alsdann bewegte sich der Zug stadtwärts. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold lehnte es ab, die Weihe und den Ernst des Volkstrauertages durch Musik oder Trommelsärm zu stören.

Kl.

Vom Volksbegehren.

Erleichterungen bei der technischen Durchführung.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat auf Anregung des Deutschen Städtetages zur Erleichterung des Außendienstes in den größeren Städten bei Durchführung des Volksbegehrens den Gemeinden über 20 000 Einwohnern freigestellt, die Prüfung der Eintragungsberechtigung nicht bei der Eintragung selbst, sondern erst nachher binnen drei Tagen vorzunehmen, so daß bei der Eintragung zunächst nur die Identität der Person geprüft zu werden braucht. Eintragungsberechtigte, die aus einer Gemeinde mit fortlaufend geführter Stimmkartei verzogen sind, können einen Eintragungsschein von der Gemeindebehörde ihres neuen Wohnortes erhalten.

Für das Prüfungsverfahren kann, wenn die Stimmlisten und Stimmkarteien der letzten Reichswahl nicht mehr brauchbar sind, ein neueres, für eine spätere öffentliche Wahl (Landtagswahl, Provinziallandtagswahl) aufgestelltes Wahlverzeichnis zugrunde gelegt werden.

Ueber
„Freiligrath, der Sänger der Arbeit und Freiheit"
spricht
Hermann Lange
am 5. März, abends 8 Uhr, im Rahmen einer Feierstunde in der Aula des „Reform-Realgymnasiums", Friesenstr. Programme zum Preise von 40 Pfg. sind in der Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstraße 27, zu haben.

Vereinfachung der Lohnsteuer.

Der Reichstag nahm am vergangenen Sonnabend ein Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer an, das auf den kürzlich eingebrachten sozialdemokratischen Antrag zurückgeht. Die Vereinfachung der geltenden Bestimmungen bezieht sich in erster Linie auf die Erstattungen wegen Verdienstausfall infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik, Aussperrung usw. Infolge der dreimaligen Aenderung der Lohnabzugsbestimmungen im vergangenen Jahre hatte sich hier ein unmöglicher Zustand herausgebildet. Die Bestimmungen waren so unklar, daß selbst die Finanzämter nicht wußten, wie die Erstattungen im einzelnen Fall zu berechnen sind. Daher sind viele Steuerpflichtige durch falsche Berechnungen geschädigt worden. Auch Fürsorgeempfänger und Arbeitnehmer war das bisherige Verfahren äußerst umständlich, da mehrere Verdienst- und Steuerbescheinigungen notwendig waren. Insbesondere aber drohte die immer stärker wachsende Zahl der Anträge, die schließlich in die Millionen ging, den Geschäftsbetrieb der Finanzämter überhaupt lahmzulegen.

Die Vereinfachung des neuen Gesetzes besteht einmal in der Klarstellung, daß für das Jahr 1925 von einem steuerfreien Lohnbetrag von 860 Mark auszugehen ist, und zweitens die Erstattungen nach Pauschbeträgen errechnet werden. Während bisher für jeden Antrag mehrere Lohn-, Steuer- und Verdienstausfallbescheinigungen notwendig waren, fällt künftig die Lohnbescheinigung ganz weg; es ist nur noch eine Steuerbescheinigung und die Nachweise über die Dauer des Verdienstausfalles nötig. Die Berechnung des zu erstattenden Betrages erfolgt nicht mehr für jeden Fall besonders, sondern auf Grund von Pauschbeträgen, die ohne Rücksicht auf die Lohnhöhe für jede Woche des Verdienstausfalls betragen:

a) bei einem ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer 2 Mark,

b) bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern 2,50 Mark,

c) bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern 3 Mark.

Hierbei werden acht volle Stunden einem Tag, sechs volle Tage einer Woche, vier volle Wochen einem Monat gleichgestellt. Für die Familien ist der Stand am 10. Oktober 1925 maßgebend. Da nach wird einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern, der z. B. vier volle Wochen erwerbslos gewesen ist, der Betrag von 10 Mark erstattet. Das Gesetz gibt jetzt auch an, welche Nachweise für die Dauer des Verdienstausfalls anerkannt werden sollen, und zwar: bei Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, bei Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrollkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder des Arbeitgebers, insbesondere aber die Bescheinigung des Berufsverbandes.

Dagegen hat sich nicht vermeiden lassen, daß insofern eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand eintritt, als künftig nur noch Anträge für das ganze Kalenderjahr zulässig sind, während die Vierteljahrsanträge fortfallen. Dieser Forderung des Reichsfinanzministeriums mußte zugestimmt werden, weil nur während des ersten Vierteljahrs eine Bearbeitung der Anträge ohne Beeinträchtigung der Einkommen- und Vermögenssteuerveranlagung von den Finanzämtern durchgeführt werden kann. Im übrigen bringt die Erstattung auf Grund der Pauschbeträge für die meisten Arbeitnehmer eine nicht unwesentliche Erhöhung des zu erstattenden Betrages, allerdings für wenige auch eine Schlechterstellung gegenüber dem bisherigen Verfahren. Bei den großen sonstigen Vorzügen des neuen Verfahrens müssen diese kleinen Unebenheiten in Kauf genommen werden.

Das Gesetz tritt sofort nach seiner Verkündung im Reichsgesetzblatt in Kraft. Die Frist für die Anträge für 1925 ist bis zum 30. April 1926 verlängert worden. Die Vereinfachung kann nur auf die Fälle angewendet werden, die bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht entschieden waren. Die erledigten Erstattungen können also nicht wieder aufgerollt werden.

Als weitere Vereinfachung bringt das Gesetz **die Zusammenziehung der Pauschsätze für Werbungskosten und Sonderleistungen in einem Betrag von monatlich 40 Mark.** Auf Grund des Einkommensteuergesetzes konnte bisher eine getrennte Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungen erfolgen, wenn die tatsächlichen Aufwendungen des Steuerpflichtigen z. B. für Werbungskosten monatlich 20 Mark übersteigen, gleichgültig, ob seine tatsächlichen Sonderleistungen den dafür angesetzten Pauschbetrag von ebenfalls 20 Mark erreichten oder nicht. Da auch auf Grund dieser Bestimmung eine übergroße Zahl von Anträgen gestellt wurde, erfolgte die Zusammenziehung. Die so erfolgte Eindämmung bedeutet eine Erschwerung der Erhöhungen des steuerfreien Lohnbetrages, ist aber gerechtfertigt, weil für die Trennung von Werbungskosten und Sonderleistungen kein sachlicher Grund besteht. Diese Aenderung hat zunächst jedoch keine Bedeutung, denn sie gilt erst für das Jahr 1927, während es für 1926 bei den bisherigen Vorschriften bleibt.

Es ist wünschenswert, daß Lohnsteuerpflichtige, die einen Erstattungsanspruch geltend machen wollen, den Antrag möglichst bald stellen. Je eher Anträge gestellt werden, desto schneller können sie erledigt werden. Das ist neben dem Vorteil für die Lohnsteuerpflichtigen auch eine Erleichterung der schweren Aufgabe der Finanzverwaltung bei der Durchführung der Steuerveranlagungen.

Der Schwindel mit den „Notgestempelten".

In verschiedenen Zeitungen sind in den letzten Tagen Berichte über Versammlungen des sogenannten Reichsbankgläubigerverbandes erschienen. Einer der Verbandsredner namens Winter hat in diesen Versammlungen verschiedene Behauptungen aufgestellt, die den Tatsachen nicht entsprechen. Insbesondere hat er behauptet, die Reichsbank habe nunmehr ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Vergleichs über die Aufwertung der Reichsbanknoten erklärt. Das Reichsbank-Direktorium teilt hierzu mit, daß diese Behauptung unwahr ist. Es ist niemals von der Reichsbank oder auf ihre Veranlassung von irgendeiner anderen Seite die Aufwertung der alten Reichsbanknoten erwogen oder gar eine Aufwertung irgendwelcher Art zugestanden worden. Vielmehr sind derartige Vorschläge ausnahmslos abgelehnt worden.

Dieser in der amtlichen Warnung genannte „Betriebsanwalt" Winter hat auch in Halle mehrere Male in jedesmal überfüllten Versammlungen seine Fangnetze mit Erfolg ausgeworfen. Im vom Stahlhelm und Wehrwolf „aufgeklärten" Halle ist ja so etwas nicht besonders Auffälliges. Die Drahtzieher jener „Bewegung" haben es eben ganz meisterhaft verstanden, sich unter Ausnutzung der Gutgläubigkeit die Mittel zu einem sorglosen Parasitendasein zu verschaffen. Ob dieser Reichsbankgläubigerschwindel mit dieser amtlichen Feststellung endlich totgeschlagen ist?

Frauengruppe. Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Frau im neuen Strafrecht (Fortsetzung); 2. Wahl des Vorstandes; 3. Vermischtes. Rege Beteiligung der Genossinnen erwünscht.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Halle, schreibt uns: Am 26. Februar fand im „St. Nikolaus" eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt. An Stelle des zurückgetretenen bisherigen ersten Vorsitzenden wurde Herr Alwin Klemich gewählt. Die frühere Vorsitzende, Frau Gräfin zu Dohna, hielt alsdann ein Referat als Vorfeier für den allgemeinen Volkstrauertag. Sie gedachte des verstorbenen ersten Reichspräsidenten und vor allem der Kriegsopfer und wies dann in interessanten Ausführungen auf die Ethik der Friedensidee hin. Die gehaltvollen Ausführungen fanden bei allen Anwesenden Anklang. Das Friedenskartell trifft Vorbereitungen für eine „Nie-wieder-Krieg"-Ausstellung, die Ende März stattfinden soll.

Rundfunk für Blinde. Die Oberpostdirektion Halle veranstaltet im Einvernehmen mit den Blindenorganisationen vom 1. März an eine öffentliche Sammlung zur Beschaffung von Rundfunkempfangsgerät für die Blinden. Beiträge von Spendern werden bei sämtlichen Postanstalten und von den Briefzustellern entgegengenommen. Ebenso sind Funkapparate oder Einzelteile willkommen. Gerade der Rundfunk ist geeignet, den in ewigen Dunkel lebenden Blinden einigermaßen Ersatz zu bieten für das, was das Leben dem Sehenden gewährt. Jeder, der noch seine gesunden Augen hat, wird deshalb gern und opferwillig einen Beitrag zu dieser Sammlung geben.

„Volkstrauertag". Ueber die Zusammenstöße, die alkoholgefüllte Stahlhelmerische im Anschluß an den Nationalistentrummel provozierten, meldet der Polizeibericht: Sonntagnachmittag entstand am Moritzzwinger zwischen zwei männlichen Personen eine Schlägerei, welche durch Polizeibeamte geschlichtet wurde. — Gegen 9 Uhr abends wurde das Ueberfallkommando wegen einer Schlägerei nach der Alt. Märkerstraße gerufen. — Gegen 1 Uhr nachts wurde das Ueberfallkommando nach Ecke Gr. Ulrichstr. — Alte Promenade gerufen, wo im Verlauf einer Schlägerei zwischen verschiedenen Personen ein Mann in Krämpfe gefallen war. Er wurde der Polizeiwache zugeführt.

Gutsgelaufener Autounfall. Am Sonnabendabend löste sich in der Pointrake von einem Personenkraftwagen während der Fahrt das linke Hinterrad und wurde mit voller Wucht gegen die Schaufensterscheibe einer Buchhandlung geschleudert. Die Scheibe wurde zertrümmert. Personen kamen nicht zu Schaden.

Ammendorf. Radioklub. Auch hier hat sich ein Arbeiter-Radioklub gebildet, der dem Arbeiter-Radioklub Halle als Unterabteilung angeschlossen ist. Am Montag, den 1. März, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Zur Post" eine Versammlung statt, zu welcher alle Freunde des Radiosports willkommen sind. Auch ist hier jeden Montag eine Zusammenkunft, bei welcher die verschiedensten Apparate vorgeführt werden und durch Vorträge den Bastlern Gelegenheit gegeben wird, ihr Wissen zu bereichern, um in die Lage zu kommen, sich ihre Apparate selbst herzustellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260301-17/fragment/page=0005

Ein Führer der Arier.

Jude und Ausländer, deutschnationaler Journalist.

Ausländer, Fremde sind's zumeist, die unter uns gesät den Geist der Rebellion. So klingt auch heute noch der Unterton in den Blättern der Reaktion, in den Zeitungen des reinsten Ariertums, **wenn es gilt, Republik und Sozialismus zu bekämpfen.** Ein Ausländer ist ein sehr willkommener Gast bei unseren Rechtsradikalen, wenn er, wie Trebitsch-Lincoln beim Kapp-Putsch den „Laden zu schmeißen" versteht, und kein Anstoß wird daran genommen, daß es sich um einen internationalen Hochstapler handelt. Ein Ausländer darf es aber nicht wagen, seine sozialistischen und revolutionären Ideen in Deutschland zu offenbaren, sonst fällt die ganze Meute der „Vaterländischen" darüber her und zetert über die „undeutschen" Ideen, die vom Ausland nach hier verpflanzt werden sollen. Sitzt ein Ausländer — und sei es auch nur ein Oesterreicher — in einer deutschen sozialdemokratischen Redaktion, so gilt es den Deutschnationalen und ihren Gesinnungsverwandten als ausgemachte Sache, daß von dieser Stelle aus die Unmoral auf die religiös-monarchistisch-treufeste Bevölkerung losgelassen wird. Der „Teutsche" will sich aber nur von „Teutschen" führen lassen, und zwar von rassereinen, und der Fall, daß sich die Konservativen (jetzigen Deutschnationalen) ihr Parteiprogramm von einem Juden entwerfen lassen, mag als bedauerliche Impotenz der bis 1918 allein herrschenden Kreise angesehen werden. Heute ist es anders. Heute haben wir einen Ludendorff, einen Tirpitz, einen Hergt usw., alles Männer, die natürlich nur das Beste für das Volk wollen.

Das Beste für die Bevölkerung will natürlich auch das „Bitterfelder Tageblatt". In seinem Verbreitungsgebiet hat sich leider auch solch „undeutscher Geist" eingenistet. Auch hier haben nicht mehr die Auserwählten des Dreiklassenreiches zu bestimmen, sondern der einfachste Bürger darf auch mitbestimmen, was geschehen soll. Auf den Rathäusern, in den Gemeindestuben und im Landratsamt sitzen nicht mehr die privilegierten Stützen von Thron und Altar, sondern Männer und Frauen aus dem werktätigen Leben. Die verfluchte Republik mit ihren „undeutschen" Gesetzen hat alles von oben zu unterst gekehrt. Kein Wunder, daß da eine „Sauwirtschaft" einreißen muß.

Aber das „Bitterfelder Tageblatt" kennt seine Pflicht. Es dient dem „Grundsatz zur Liebe und zur Wahrheit" und benutzt die Preßfreiheit — um gegen das Neue zu kämpfen. Dafür hat sich dieses Blatt kürzlich das Lob des Landbundes erworben, auf dessen Tagung mit großem Nachdruck darauf hingewiesen wurde, welches Interesse das „Bitterfelder Tageblatt" der „notleidenden" Landwirtschaft entgegenbringe. Dem Arbeiterstande bringt dieses Blatt zwar auch großes Interesse entgegen, indem es alle Maßnahmen gegen denselben gutheißt, aber darüber spricht sich dieses Blatt nicht so weitschweifig aus wie über das gern eingesteckte Lob des Landbundes.

Zur würdigen Vertretung der Liebe und Wahrheit hatte das „Bitterfelder Tageblatt" auch einen würdigen leitenden Redakteur angestellt. Der Herr schien berufen, den reinen deutschen Gedanken in Politik und Wirtschaftsleben am besten zu vertreten. Denn erstens war er als ein aus Ungarn gebürtiger Ausländer vom deutschen Geist bis in die letzte Faser seines Herzens erfüllt und zweitens vermochte er als Jude die christliche Moral bis in die fernsten Hütten und Paläste zu tragen. Alles auf Grund seiner gewandten Feder, die ihm Eingang in die Redaktion des Bitterfelder deutschnationalen Blattes verschaffte. Ein bißchen dreist war dieses Herrchen allerdings auch, und so machte er auf seiner Suche nach der Wahrheit auch nicht Halt vor den Behörden im Kreise und darüber hinaus. In seinem Eifer passierte es ihm häufig, daß er die Wahrheit auf den Kopf stellte. Als er es zu bunt trieb, interessierten sich die von ihm Angegriffenen ein wenig mehr als üblich um seine Person, und da ergaben sich denn nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten, die die Nachforschungen nach der dunklen Herkunft dieses Drachentöters boten, allerlei nette Feststellungen, die nun im Amtlichen Verordnungsblatt des Kreises Bitterfeld der Oeffentlichkeit übergeben wurden. Wir geben das Lebensbild des „Hauptschriftleiters" Wilhelm Neménу vom „Bitterfelder Tageblatt" nachstehend ebenfalls zur Kenntnis.

Allerlei Interessantes

Über den Redakteur Neumann (alias Neménу) — Bitterfeld.

„Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein wird, haben wir uns im „Amtliche Verordnungsblatt" gelegentlich auch mit Ausführungen des Redakteurs des „Bitterfelder Tageblatts" „Neménу" beschäftigen müssen. Dieser Herr zeichnet seit einem Jahre für das genannte Blatt verantwortlich. In seiner Nummer vom 10. Februar 1925 kündigt der Herausgeber dieses Blattes, Herr Siegfried Schencke, stolz an, daß er mit der Leitung der Redaktion den Redakteur

Dr. jur. et phil. **Wilhelm Neménу**

betraut habe. Am 21. Dezember 1925 bringt das Blatt „In eigener Sache" einen Lebenslauf dieses Herrn, wonach er am 25. April 1884 in Ungarn geboren und Protestant sein soll, auch am 28. September 1908 zum Dr. jur. an der Universität Klausenburg promoviert sein soll.

Wer ist nun dieser Mann?

Die Antwort ergibt sich aus dem nachstehend kurz zusammengefaßten amtlichen Aktenmaterial: Er ist der

Ausländer Wilhelm Neumann, jüdischer Konfession, geboren am 25. April 1880 (nicht 1884) in Budapest, der sich den Doktortitel selbst zugelegt hat.

Er ist von dem Strafgerichtshof in Budapest am 8. Mai 1912 unter Zahl 58 177/12 wegen Ehrenbeleidigung mit zwei Monaten Gefängnis und 600 Kronen Geldstrafe verurteilt worden. Von den Staatsanwaltschaften in Debreczen, Kecskemét und Szeged wird er wegen Aufwiegelung und Erpressung steckbrieflich verfolgt. Bei der Budapester Oberstadthauptmannschaft war gegen ihn ein Verfahren im Gange; die betreffenden unter Zahl 5032/20 geführten Akten sind jedoch verschwunden. Auch seitens der Polizeibehörde in Kiskunfélegyháza wird nach ihm geforscht (2313/25). In Kispest hat er zwei Wochenblätter, eins in ungarischer, eins in deutscher Sprache, gegründet; diese beiden Blätter waren nach den Feststellungen der zuständigen Behörden „Konjunktur-Unternehmungen, hochstaplerisch und haben viel Erpressung getrieben".

Während der Kommunistenherrschaft in Ungarn hat er sich den zur Oberschicht gelangten Elementen angeschlossen und den Mangel der Rechtssicherheit ausgenützt.

Mitte 1920 ist Neumann über Riga nach Moskau gefahren. Sein Reisepaß galt nur bis Riga, von da an ist er von den Vertrauensleuten der Sowjetregierung weitergeleitet worden. Er hat vier bis sechs Wochen in Sowjetrußland geweilt. Wie sich später herausgestellt hat, hat diese Reise wohl in der Hauptsache dem Besuche seines nach Rußland abgeschobenen jüngeren Bruders, Mathias Neumann, gegolten, der von Beruf ebenfalls Journalist ist und von dem ungarischen Gerichtshof in Kecskemét am 19. April 1920 wegen des Verbrechens der Aufwiegelung zu acht Monaten Kerker verurteilt, später aber auf Intervention der russischen Regierung als Austauschkommunist nach Rußland abgeschoben wurde.

Das Urteil der zuständigen Behörden über Wilhelm Neumann lautet dahin,

daß er zwar ein tüchtiger, fähiger Journalist ist, daß er jedoch überall, wo man ihn in Ungarn kennt, einen üblen Ruf hat und als unzuverlässig gilt.

Neumann hat als sein Geburtsjahr bald das Jahr 1884, bald 1888 angegeben, er ist aber, wie bereits oben angegeben, 1880 geboren. Es ist anzunehmen, daß dies damit zusammenhängt, daß Neumann den Anfang seiner angeblichen juristischen Studien auf das Jahr 1904 (das wäre also sein 24. Lebensjahr) verlegt. Seine Behauptung, er wäre in Baranya-Mágocs geboren, entspricht nicht der Wahrheit. Ebenso ist es ein Märchen, was er über die angebliche Verbrennung der Matrikelbücher angegeben hat. Da die Tatsache, daß in Ungarn auch vor der Einführung der staatlichen Standesämter eine kirchliche Matrikelführung bestanden hat, im Ausland wenig bekannt ist, hat er versucht, hieraus Nutzen zu ziehen.

Er scheint unter allen Umständen verheimlicht haben zu wollen, daß seine Geburt bei einer israelitischen Kultusgemeinde registriert worden ist.

Einen Militärdienst konnte er 1914 bis 1915, also höchstens ein Jahr hindurch, geleistet haben. (Entsprechende Daten sind in Ungarn nicht zu ermitteln.) Es ist jedoch bezeichnend für die Glaubwürdigkeit der von Neumann angegebenen Daten, daß er während dieses einen Jahres unmöglich vom Einjährig-Freiwilligen bis zum Leutnant avancieren konnte.

Sein Vorkriegsdienst beim 7. Husarenregiment, der angebliche Verlust seiner Charge wegen seines „habsburgfeindlichen Verhaltens" und wahrscheinlich seine Angaben betreffs seiner Auszeichnungen sind glatt erfunden.

Die angebliche, aus politischen Gründen erfolgte Entziehung seines Doktortitels ist ein juristischer Nonsens und praktisch undurchführbar.

Es sind übrigens keine Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß er diesen Titel jemals erworben hätte.

Der Polizeiverwaltung Bitterfeld gegenüber hat es Neumann abgelehnt, einen Nachweis über den rechtmäßigen Erwerb dieses Titels zu erbringen!

Der Geburtsname ist Neumann. Da dieser Name magyarisiert Neménу unverfänglicher klingt, hat er diesen Namen angenommen.

Interessant sind die behördlichen Feststellungen über den Vater des Genannten. Dieser, Adolf Neumann, wurde wegen des Verbrechens der Erpressung am 8. Juli 1920 von dem Gerichtshof in Kecskemét zu 10 Monaten Kerker verurteilt. Er hat sich in Pocsony (Preßburg) als herumziehender Photograph aufgehalten. Seine Mutter heißt Charlotte, geborene Freitag.

Nach dem, was amtlich über den Ausländer Neumann (alias Neménу) festgestellt worden ist, drängt sich nunmehr ohne weiteres die Frage auf, ist es wirklich nur Zufall, daß der Redakteur Neumann sich zu seinen Mitarbeitern in der Redaktion zwei Ausländer ausgesucht hat, nämlich den Ausländer Saldow und den Ausländer Waldert?

Bekanntlich ist die Ausweisung des Ausländers Neumann verfügt worden, und es ist selbstverständlich, daß diese auch nunmehr schnellstens durchgeführt wird."

*

Der Verlag des „Bitterfelder Tageblattes" nimmt nun zu diesem Porträt seines geistigen Inspirators Stellung und versucht die Wirkung dadurch abzuschwächen, indem es von einer Vermischung von Dichtung und Wahrheit spricht. Der Verlag macht den Behörden den Vorwurf, warum denn Neménу nicht schon längst ausgewiesen worden ist. Die jetzt erfolgende Ausweisung soll ein Angriff auf die Preßfreiheit sein, die Informationen über Neménу sollen politischen Motiven entsprungen sein. Vom Landrat in Bitterfeld erhalten wir dazu folgende Zuschrift:

„Dem Verleger des „Bitterfelder Tageblattes", Herrn Siegfried Schencke, erwidere ich auf seine Anfragen folgendes:

1. Die Informationen über Neumann („Neménу") entstammen weder politischen Motiven noch einer politischen Sphäre.
2. Sie sind auch nicht Dichtung und Wahrheit, sondern **ausschließlich nackte, durch amtliche Akten erhärtete Tatsachen, die das Ergebnis der dafür zuständigen in- und ausländischen Behörden bilden.**
3. Die Ermittlungen erforderten bei der dunklen Herkunft Neumanns naturgemäß erhebliche Zeit. **Leider ist das Tatsachenmaterial erst jetzt eingetroffen.** Andernfalls wäre — darin stimme ich mit Herrn Siegfried Schencke voll und ganz überein — **Neumann von den Behörden längst über die Grenze gebracht worden."**

Die Herren Landbündler und die sonstigen Interessenten aus den reaktionären Kreisen werden nun Tränen vergießen, daß die Säule Neumann—Neménу geborsten ist. Wo sollen sie nun wieder einen Menschen herkriegen, der das „Deutschtum", wie sie es sich aus der Perspektive ihres Portemonnaies vorstellen, vertritt. Heißt es doch, daß der Nachfolger Neumanns, Herr Saldow auch kein arisches Blut in den Adern hat. Da muß der Teufel seine Hand im Spiele haben.

Unterbezirkskonferenz Delitzsch-Torgau.

Die gestern in der Stadthalle in Eilenburg stattgefundene Unterbezirkskonferenz nahm einen Tätigkeitsbericht des Sekretärs Genossen Buhle entgegen, aus dem hervorging, daß erfreulicherweise einige neue Ortsvereine trotz der schwierigen Verhältnisse gegründet werden konnten. Die neuen Ortsvereine leisten anerkennenswerte Arbeit. Die Aussichten, einen weiteren Ausbau der Organisation vorzunehmen, sind günstig. An den Bericht schloß sich eine rege Aussprache an. Der zweite Punkt der Tagesordnung befaßte sich mit einer Anregung von Eilenburg, das Sekretariat und den Unterbezirksvorstand nach Eilenburg zu verlegen. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, der Sitzverlegung des Unterbezirksvorstandes und Sekretariats zuzustimmen. Die Aussprache über die Vorstandswahl ergab, daß von einer Vermehrung der Mitglieder des Unterbezirksvorstandes abgesehen werden soll. Es werden gewählt zum Vorsitzenden Genosse Raute (Eilenburg), als übrige Mitglieder die Genossen Lenker (Eilenburg), Schwahn, Thomas (Delitzsch), Schugk (Daudzschen), Fischer (Torgau) und Buhle als Sekretär. Zum Mitglied der Preßkommission wird vorgeschlagen und gewählt Genosse Buhle. Der Vortrag des Genossen Raute über die politische Lage wurde wegen der vorgerückten Zeit abgesetzt. Dafür gaben die Genossen Peters (Halle) und Buhle (Delitzsch) informatorische und organisatorische Aufklärungen. Diese Ausführungen wurden durch die Diskussion noch ergänzt.

Die Volksernährung in der Provinz Sachsen.

Das berüchtigte Inflationsjahr 1923 war für das deutsche Volk auch ein rechtes Hungerjahr. Das sieht man am deutlichsten, wenn man die Zahl der damals vorgenommenen Schlachtungen mit denen des Jahres 1925 vergleicht. Da findet man, daß die Schlachtungen der weniger beliebten Schlachttiere (Pferde, Ziegen, Hunde) ganz erheblich abgenommen haben, während die Schlachtungen aller übrigen Tiere einen ganz bedeutenden Zuwachs zu verzeichnen haben.

Die Ursache der wenigen Schlachtungen im Jahre 1923 dürfte in der Hauptsache wohl darin zu suchen sein, daß die Viehzucht wegen der großen Schwierigkeiten der Futtermittel-Beschaffung einen starken Rückgang erfahren hatte und daß großer Mangel an schlachtreifen Tieren da war. Im Jahre 1923 wurden in der Provinz Sachsen geschlachtet: 10 384 Pferde, 8559 Ochsen, 11 891 Bullen, 44 473 Kühe, 25 223 Jungrinder im Alter von über drei Monaten, 94 818 Kälber im Alter bis zu drei Monaten alt, 302 199 Schweine, 62 374 Schafe, 10 682 Ziegen und 2125 Hunde.

Im Jahre 1925 wurden in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember, also in drei Vierteljahren geschlachtet: 9113 Pferde, 7534 Ochsen, 15 682 Bullen, 52 311 Kühe, 37 200 Jungrinder im Alter von über drei Monaten, 124 848 Kälber im Alter bis zu drei Monaten, 502 149 Schweine, 79 862 Schafe, 14 323 Ziegen (diese Schlachtungen haben in der Provinz Sachsen im Gegensatz zu anderen Provinzen ebenfalls zugenommen) und 89 Hunde.

Davon entfallen auf die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember,

Brigitta.

Ein Roman aus den Bergen von Wolfgang Kemter.

Copyright by Greiner und Comp., Berlin W.

25

(Nachdruck verboten.)

„Bartl, dös kann do nit so weitergehen, du reibst di völlig auf. Sollen sie an zweiten Jäger herschicken, einer kann dös nit machen. Und überhaupt, i würd nix sagen, daß einer draußen im Feld sei letztes hergibt, da steht was anderes auf dem Spiel, aber zwegen a paar Gams und Reh sich so abbetzen, vielleicht gar für sei Lebtag krank oder am End no erschossen z' werden, dös will mi nit in den Sinn.

„Schatz, dös verstehst du nit. Mei Jägerehr steht auf dem Spiel, und sö ist mir gnua. Koan richtiger Jäger wird sich sowas bieten lassen; alles und, wenn's sein muß, a sein Leben wird er dran setzen, um solchem Treiben a End z' machen."

„Wer ist es denn, Bartl? Hast an Verdacht?" fragte Brigitta voll heimlicher Angst.

Kurz und rauh und voll Ingrimm kam die Antwort: „Der Gruber Pepi."

Brigitta erbleichte. „Um Gottes willen, Bartl, dann gib acht, der Bursche ist zu allem fähig. Dei Warnung hat nix genützt, er haßt di und trachtet dir nach dem Leben. Na, Bartl," rief sie in wilder Hast, „i laß di nimmer gehen. Jetzt, wo mir der Herrgott nach allem, was i schon durchmachen hab müssen, no a Glück g'schenkt hat, soll i mir dös von so an gewissenlosen Menschen vielleicht wieder rauben lassen. Bartl, i bitt di inständig, weich dem Gruber aus, er führt nix Gutes im Schild."

Bartl aber sprach: „Brigitta, sollen die Leut sagen, jetzt haben's die Wilderer gut. Heut schießens a Gams, morgen a Reh, wie's ihnen paßt; der Jäger sitzt droben am Windegg bei seinem Schatz. Brigitta, möchtest, daß dös die Leut sagen täten von mir, daß i am Windegg heroben mei Jägerehr verlieren tät?"

Brigitta senkte den Kopf, beschämt, daß sie von ihrem Liebsten Unmögliches verlangt hatte.

„Bartl, i weiß nit, i red in meiner Herzensangst. Wenn dir was passieren tät, nimmer leben möcht i. Es soll unrecht sein, daß a Mutter so spricht, aber, Gott helf mir, i kann nit anders. I kann nur beten, daß di der Herr schützt."

„I muß wieder gehen, Brigitta. Morgen gegen Mittag komm i wieder auf an Sprung. Hab koa Angst, dös darf a zukünftige Jägersfrau überhaupt nit haben; in kurzer Zeit feiern wir unsere Hochzeit, und bis dahin hab i den Schuft, tot oder lebendig. Sei stark, Brigitta, und vertrau auf mi, i werd ihm Meister, und wenn er mit der ganzen Höll im Bunde steht."

Bartl stieg bergan und hatte bald den Wald erreicht. Während seine scharfen Augen links und rechts des Weges schweiften und selbst das unscheinbarste Zeichen beachteten, war sein Gehirn in fieberhafter Tätigkeit.

In der feuchten Erde des Waldes hatte er schon öfter die Fußtapfen eines Mannes gefunden, zuletzt dort, wo zuvor eine Rehgeiß erlegt und ausgeweidet war. Seinem scharfen Auge entging nicht, daß die Eindrücke des einen Fußes in den leichten Waldboden, besonders des Absatzes, viel tiefer waren als die des anderen. Kein Zweifel, der Mann, von dem diese Fußabdrücke herrührten, hatte keinen normalen Gang, er hinkte.

Der Gruber Pepi.

„Weiß der Satan," brummte Bartl vor sich hin, „wie es der krumme Bursche macht. Heut im Wald, ist er morgen schon wieder am Wilden Mann oben, schießt dort a Gams und da an Reh, immer dann, wenn i ganz wo anders bin."

Bartl hatte auch schon daran gedacht, bei der Niederacher Zenz einmal Nachschau zu halten, ob der Gruber vielleicht doch zu treffen wäre, war aber dann abgekommen. Er konnte sich die höhnischen Spötteleien der alten Hexe ersparen, er hätte doch nichts gefunden, denn zweifellos hatte der Bursche irgendwo in den Bergen einen Ort, wo er sich verstecken konnte. Wenn er nur dieses Versteck hätte auffinden können. Bartl wußte zwar ein paar Höhlen und hatte sie schon einige Male durchsucht, ohne freilich etwas zu finden, was darauf hätte deuten lassen, daß sie von einem Menschen auch nur vorübergehend bewohnt gewesen seien. — — —

Hungrig und müde — er hate die ganze Nacht nur etwa zwei Stunden geschlafen und seinen kargen Vorrat schon zum Abendessen aufgezehrt, kam Bartl gegen Mittag des folgenden Tages wieder zum Windegg.

Als er in die Nähe des Windeggs kam, da hatte ihn der kleine Franz bemerkt. So schnell der Knabe konnte, rannte er ihm entgegen. „Bartl, brennen hat's wollen."

„Wo?"

„Im Stadel hinterm Haus, wo wir die Buscheln haben."

„Franzl, was redst? I versteh koa Wort."

„Der Tyras hat uns g'weckt, sonst wär's z'spät g'wesen. Anzündt ist worden."

Brigitta kam ihnen entgegen; sie war noch ganz blaß, der Schrecken zitterte ihr in allen Gliedern.

„Brigitta, ist's wahr, was der Franzl sagt?"

Brigitta nickte, ihre Augen füllten sich plötzlich mit Tränen. Es war die Entspannung.

„Erzähl," bat Bartl.

„Heut morgen, so um drei herum, fängt der Tyras plötzlich an wie wild zu bellen, förmlich zu heulen. A Weil hab i mi nit auskennt, so hat er no nie getan; wie der Hund aber immer wilder worden ist — wir haben ihn in der Tenne eing'sperrt g'habt —, da bin i aufg'standen und hab den Hans wecken wollen. Der ist mir aber schon auf der Stiegen entgegengekommen. Er hat den Hund a g'hört und ist nachschauen gegangen. Wie wir in die Tenne kommen sind, da rennt der Tyras wie rasend gegen die Tür, die ins Freie führt, und wie der Hans aufmacht, da ist er im Hui hinaus und in die Nacht hinaus verschwunden. Schon aber ruft der Hans: „Bäuerin, da brennt's wo!" Richtig, unter der Tennentür haben wir's schon g'rochen. Der Hans rennt ums Haus herum, i hinterher; da sehen wir die Buscheln, die dort hinter dem Haus aufbeigt waren, brennen."

„Hol a Wasser, Bäuerin," schreit der Hans und beginnt mit einer Stauden die Buscheln herunterzureißen. Der Xaverl und der Franz sind mir gleich zu Hilf kommen, so haben wir nach einer Stunde das Feuer zum Löschen g'bracht. A Glück, daß die Buscheln no nit ganz dürr waren, sonst hätten wir wohl nix mehr ausg'richtet. Bald darauf ist der Tyras wieder z'rückkommen, aber immer no winselnd, mit der Nas' am Boden, ums Haus herumg'strichen. Wie's dann hell worden ist, da hat der Hans a paar Meter in der Wiesen draußen a leeres Zündholzschachtele g'funden. Wir haben gleich denkt, daß die Buscheln anzündt worden sind, jetzt aber war koa Zweifel mehr; Bartl, dös ist gewiß der . . ."

„Der Gruber Pepi g'wesen," fiel Bartl ins Wort, „koan anderer. Der elende Schuft, der niederträchtige."

„Bartl, i hab's allweil g'sagt: Der Bursch haßt uns und bringt uns no ins Unglück alle zusammen. Mein Gott, wenn das Windegg abbrennt wär, heut könnt man nit mehr bauen, dös vermöcht koa Mensch. Die Versicherung ist nit hoch, grad Bettler wären wir g'wesen. Und wer weiß, ob der grundschlechte Kerl nit wiederholt, was ihm heut nit glückt ist."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260301-17/fragment/page=0006

also auf die Zeit, welche besonders für Schweineschlachtungen in Betracht kommt: 4089 Pferde, 2224 Ochsen, 8749 Bullen, 17 503 Kühe, 11 862 Jungrinder im Alter von über drei Monaten, 41 835 Kälber im Alter bis zu drei Monaten, 177 597 Schweine, 26 982 Schafe, 3988 Ziegen und 38 Hunde.

Bitterfeld. Freidenkerbewegung. In der letzten Mitgliederversammlung wurde an Stelle des ausgeschiedenen Vorsitzenden Rupprecht der Genosse Ranisch gewählt, zu Beisitzern Bergner und Eckardt. Die Jugendweihe findet am 28. März, vormittags ½10 Uhr, im „Bürgergarten" statt. Sehr wünschenswert wäre es, wenn noch recht viele Eltern ihre Kinder an der Jugendweihe teilnehmen ließen. Der Vorbereitungsunterricht findet jeden Mittwoch, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, im „Bürgergarten" statt. Die Zahl der teilnehmenden Kinder an der Jugendweihe, sowie die Befreiungen der Kinder vom Religionsunterricht muß sich derart häufen, daß Regierung und Reaktion einer wirklichen Massenbewegung gegenüberstehen.

Eilenburg. Stadtverordnetensitzung. An Stelle der ausgeschiedenen Stadtverordneten Knoth, der versetzt worden ist, sowie des Genossen Wiewald, der zum Stadtrat gewählt wurde, sind die Stadtverordneten Dietze und Genosse Lorenz eingeführt worden. Auf Antrag der letzten Stadtverordnetensitzung gab man diesmal eine Uebersicht über den Stand der Finanzen. Der Oberbürgermeister machte einige Ausführungen zu dem gedruckt vorliegenden Bericht, dem folgender Abschluß zugrunde liegt: Einnahme 2 031 068 Mk., Ausgabe 2 039 748 Mk., so daß sich ein Fehlbetrag von 8680 Mk. ergibt. Hierzu der Fehlbetrag von 1924 mit 8000 Mk. ergibt 16 680 Mk. Unterbilanz. Der Oberbürgermeister erklärte weiter, daß diese Zahlen nur Schätzungen sind. In der anschließenden Aussprache kritisierte Genosse Heynemann die Mehrausgaben in der „Allgemeinen Verwaltung" in Höhe von 76 850 Mk.; auch die entstandenen Mehrausgaben beim Titel „Kirchen" in Höhe von 1700 Mk. streifte er. Der Oberbürgermeister antwortete sogleich und erklärte, daß beim Titel „Kirchen" niemand für die Sturmschäden könne, und nach alter Ueberlieferung muß die Stadt die Kosten dafür übernehmen. Bei dem Titel „Allgemeine Verwaltung" sei besonders hervorzuheben, daß die Beiträge für die Ruhegehalts-, Witwen- und Waisenkasse der Provinz um 42 000 Mk. höher geworden sind. Hierbei wurden von Rednern aller Richtungen die Pensionierungen von noch arbeitsfähigen Beamten kritisiert. Es wurde immer vom Oberbürgermeister erklärt, daß bei dem Pensionieren unserer Stadt keine Kosten entstehen, sondern die Pensionskasse die Kosten trage. Jetzt ist nun aber der Zeitpunkt, wo die Stadt die Kosten tragen muß. Auch andere Städte haben für diese Unterlassungssünden zu büßen. Genosse Heynemann erklärte noch, daß mit den alten Ueberlieferungen gegenüber den Kirchen gebrochen werden müsse. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung hatte ihr Ende erreicht und es wurde wieder die übliche Walze der KPD. aufgelegt: ein Dringlichkeitsantrag zwecks Unterstützung der Erwerbslosen in Naturalien. Nach kurzer Begründung durch einen KPD.-Stadtverordneten nahm Stadtrat Burkhardt als Dezernent für das Armen- und Fürsorgewesen das Wort. Er rückte die Schaumschlägerei der KPD. ins rechte Licht und erklärte, die Fürsorgeeinrichtungen der Stadt würden gar nicht einmal in Anspruch genommen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen acht bürgerliche Stimmen abgelehnt.

Zahna. Das 600jährige Bestehen der Stadt Zahna wird hier in der Zeit vom 11. bis 13. Juli durch ein großes Heimatfest gefeiert werden. In einem Aufruf, den die Stadtverwaltung erlassen hat, werden alle alten Zahnaer zu der Jahrhundertfeier eingeladen.

Kemberg. Aus der Stadtverwaltung. Dem in der ersten diesjährigen Stadtverordnetensitzung von Herrn Bürgermeister Dietze erstatteten Verwaltungsbericht für das Jahr 1925 entnehmen wir folgendes: Im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung traten keine nennenswerten Veränderungen ein. Gegen eine Verfügung der Regierung, wonach eine weitere Lehrerstelle abgebaut werden sollte, erhob der Magistrat mit Erfolg Einspruch. Damit kam auch in Kemberg das Schlagwort „Beamtenabbau" zur Ruhe. Die Stadtverwaltung hat seit 1924 eingezogen: eine Lehrerinnenstelle, eine Sparkassenrendantenstelle, zwei Sparkassengehilfenstellen, zwei Kämmereigehilfenstellen und eine Verwaltungsgehilfenstelle. Beim Standesamte sind zu verzeichnen: 44 Geburten (1924 = 41, 1923 = 36), 25 Aufgebotsverhandlungen (1924 = 11), 18 Eheschließungen (1924 = 12), 32 Sterbefälle (1924 = 33). Die zahlreiche Benutzung des städtischen Krankenwagens bewies seine Notwendigkeit; es wurden 16 Krankentransporte ausgeführt. Die ärztlichen Schulkinderuntersuchungen fanden in der bisherigen Weise statt. Die städtische Schwimmbadeanstalt wurde von 1647 Erwachsenen und 2463 Kindern besucht. Um der Wohnungsnot zu steuern, stellte die Stadt Siedlungsgelände zur Verfügung und unterstützte die Bauenden durch Sparkassendarlehen. Es wurden vier Einfamilienhäuser von Privaten gebaut. Außerdem wurde das von der Stadt errichtete Vierfamilienhaus bezugsfertig. Die Baukosten betrugen 25 656 Mark. Die Wohnungsliste verzeichnet am Jahresschlusse 55 Familien, die andere Wohnungen haben wollen, davon stehen 19 in der Dringlichkeitsliste. Der städtische Vorrat an Schullernmitteln erleichterte vielen Eltern deren Beschaffung. Zur Verbesserung des Feuerlöschwesens wurde eine neue Spritze beschafft, zu deren Kosten die Sozietät eine angemessene Beihilfe bewilligte. Am 7. November fand die Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr statt, der sofort 67 aktive und 6 passive Mitglieder beitraten. Das städtische Elektrizitätswerk gab 45 803 Kilowattstunden Licht ab (1924 = 38 688 Kilowattstunden) und 29 216 Kilowattstunden Kraft (1924 = 23 224 Kilowattstunden). Die Strompreise wurden herabgesetzt. Die Bahn Bergwitz—Kemberg beförderte 44 579 Personen (1924 = 39 134) und 271 784 Tonnen Güter (1925 = 231 479 Tonnen). Es ist beabsichtigt, die Bahn von Bergwitz nach Wörlitz zu verlängern. Die Kämmerei hatte einen Geldumsatz von 720 179 Mark, das Elektrizitätswerk einen solchen von 85 044 Mark. Die Stadtsparkasse hat sich erfreulich weiterentwickelt. Am Jahresschlusse betrug das Einlegerguthaben 154 175 Mark (1924 = 45 581 Mark). Die Zahl der Konten ist von 250 auf 445 gestiegen. Die Girokasse verzeichnete eine Einnahme von 949 580 Mark (1924 = 471 600 Mark). Die allgemeine Finanzlage ist trotz größter Sparsamkeit der Stadtverwaltung außerordentlich ungünstig. Der reichhaltige Bericht zeigt aber trotz der widrigen Zeiten eine erfreuliche Entwicklung der Stadt Kemberg.

Liebenwerda. Gebietserweiterung. Durch eine Entscheidung des Regierungspräsidenten zu Merseburg hat der Kreis Liebenwerda einen Gebietszuwachs von rund 460 Morgen auf Kosten des Kreises Torgau erhalten. Es wurden ihm nämlich die auf dem linken Elbufer liegenden sogenannten Luckewiesen, die der Gemeinde Köttlitz gehören und die bisher im Grundsteuerkataster des Kreises Torgau verzeichnet waren, zugewiesen. Bei der Anlegung des Katasters war seinerzeit angenommen worden, daß die Elbe die Kreisgrenze bilde. Die Entscheidung des Regierungspräsidenten stellt nun fest, daß diese Annahme irrig war, und daß die Grundstücke niemals, weder bei der Kreiseinteilung noch sonst jemals durch Verordnung oder Gesetz dem Kreise Torgau zugeschlagen worden sind. Nach der Kreisordnung muß die Grenze eines Kreises mit den Grenzen von Stadt- bzw. Landgemeinden und Gutsbezirken, die zu dem Kreise gehören, zusammenfallen. Daher werden die linkselbischen Luckewiesen, der Gemeinde Köttlitz im Kreise Liebenwerda gehörend, für die Zukunft zum Gebiet des Kreises Liebenwerda gerechnet, der sich damit auch auf das linke Elbeufer ausdehnt.

Naundorf bei Lauchhammer. Straßenzustände. In einer gemeinsamen Sitzung nahmen Bau-, Finanzkommission und Gemeindevorstand nochmals zu dem außerordentlich dringlichen Neubau der Hauptstraße Stellung. Die umliegenden Werke hatten mit dem gewohnheitsmäßigen Hinweis auf ihre schwierige Wirtschaftslage eine Beihilfe zu diesem auch sie stark interessierenden Projekt abgelehnt. Trotz des bereits zugesicherten Kreiszuschusses von 5000 Mk. sahen sich deshalb die Vertreter der Gemeinde nicht in der Lage, unter den heutigen Verhältnissen die Gemeinde mit abermals etwa 15 000 Mk. für Straßenbau zu belasten, so daß einstimmig beschlossen wurde, von dem Bauvorhaben Abstand zu nehmen. Da sich die in Frage kommende Hauptstraße schon jetzt in einem geradezu katastrophalen Zustande befindet, ist es allen Besuchern Naundorfs dringend zu raten, sich bei zukünftigen Regenzeiten nicht ohne Stelzen, Langstiefeln oder ähnliche Instrumente hierher zu wagen.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 1. März 1926.

Die Unterbezirkskonfenz.

Der Konferenz unseres Unterbezirks lag der Geschäftsbericht des Sekretariats vor. Wir entnehmen daraus folgendes:

Der Aufstieg der Partei macht sich auch im Mitgliederbestand und in den verkauften Beitragsmarken bemerkbar, doch ist die seit Oktober herrschende Wirtschaftskrise auch nicht ohne Folgen auf die Organisation im Unterbezirk geblieben. Die große Fluktuation in der Mitgliedschaft ist auf diese Ursachen zurückzuführen. — Außer den laufenden Vorstandssitzungen beschäftigten sich zwei Distriktsleiter- und eine außerordentliche Unterbezirkskonferenz mit den zu erledigenden Arbeiten. 36 Mitglieder- und Agitationsversammlungen wurden vom Unterbezirksvorstand einberufen bzw. besucht. 6 Ortsgruppen wurden neu gegründet.

Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Danach sprach F. O. H. Schulz (Halle) über das Volksbegehren. Er beschäftigte sich mit den technischen Einzelheiten des Volksbegehrens und schloß mit dem Wunsche, daß der 1. Artikel der Reichsverfassung endlich Machtausdruck des neuen Staates werde: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus."

Gut gedient. Im Blumengeschäft Trebst am Gotthardtsteich standen Kränze: ein schwarzrotgoldener für den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und ein schwarzweißroter. Vor dem Fenster zwei Wehrwölfe und dahinter etwa 10 von derselben Sorte, desgleichen ein Reichsbannerkamerad. Einer dieser Anhänger der sittlichen Erneuerung Deutschlands machte nun folgenden bezeichnenden Ausspruch unter Hinweis auf die beiden Kränze: „Die da (links, die Schwarzweißroten) haben was durchgemacht. Und dieser Mostrichlappen (rechts) — die Lumpen sind gar nicht im Felde gewesen." Als der Lümmel ganz energisch eins auf sein freches Maulwerk erhielt, daß es knallte, war der Heldenmut der Totenkopfmänner in die Binsen, so daß einer den anderen verblüfft ob dieser Energie eines einzelnen anschaute. — So sehen diese Helden aus!

Ortsvereine! Schafft Munition

für den Kampf gegen die Fürstenhabgier.

Schickt die gesammelten Gelder sofort ein!

Zu einer Keilerei kam es bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung im Vorwerk, die in einer Gastwirtschaft fortgesetzt wurde, so daß für diesen einen Fall zweimal die Schupo um Wiederherstellung der Ordnung geholt werden mußte.

Rüpeleien. Der Stadtplan an der Haltestelle der Ueberlandbahn wurde von bisher noch nicht gefaßten jungen Leuten durch Steinwürfe mutwillig zertrümmert. Desgleichen sind die von der Parksverwaltung an dem Denkmalsplatz an der Weißenfelser Straße angepflanzten jungen Erlen böswillig abgebrochen worden. Täter, wie immer, unbekannt.

Mücheln. Die „fortschrittlichen" Gutsbezirke. Zum Zwecke der Gründung eines Gesamtschulverbandes Mücheln war eine Besprechung unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten im Rathaus zu Mücheln anberaumt. Der geplante Schulverband soll die Gemeinden Mücheln, St. Ulrich, Wenden, Zorbau, Gehüfte und Eptingen und die Gutsbezirke St. Ulrich, Zöbigker und Eptingen umfassen und sieht eine achtklassige Schule mit 11 Lehrern und einer technischen Hilfskraft vor, an Stelle von jetzt 14 Lehrern in den jetzt bestehenden vielen kleinen und kleinsten Schulen. Dieser Gesamtschulverband, ein entschiedener Fortschritt für die in Frage kommenden Gemeinden, wurde von verschiedenen Gutsbezirksvertretern abgelehnt. — Man hofft aber trotzdem, daß der Gesamtschulverband zum 1. April verwirklicht wird, indem dann eben durch einen Beschluß des Bezirksausschusses die Rückständigkeit verschiedener Gutsbezirke kaltgestellt werden muß.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 1. März 1926.

Aus Heeges Erzählungen.

Vor einigen Tagen stellten wir an das völkische „Eisleber Tageblatt" die bescheidene Frage, ob es wahr sei, daß bei einem Hausball bei Wendenburgs im Schloß am Süßen See die Frau Generaldirektor Heinhold ein Kostüm getragen habe, das mit Mansfelder Segenstalern geschmückt gewesen ist. Diese harmlose Anfrage hat gewirkt wie ein Steinwurf in ein Wespennest. Herr Martin Heege, der im Verunglimpfen unermüdliche Chefredakteur des „Eisleber Tageblatts" und des bekannten „Alten Desauers", setzt sich wie ein gereizter Kater in Positur und schäumt Rache. In einem Artikel unterm Strich, nicht unter aller Kanone, wirft er uns vor, wir hätten aus einem Kleid, das mit fünf oder sechs Mansfelder Segenstalern besetzt gewesen sei, gleich einen Silberpanzer gemacht. Uns soviel „Verworfenheit" nachzureden, das dürfte des Guten doch zu viel sein. Es hat uns tatsächlich ferngelegen, die Frau Generaldirektor in dem Schmucke der Segenstaler zu vergleichen mit dem Lohengrin oder gar mit dem geschuppten Lindwurm-Drachen. Solche Uebertreibungen überlassen wir gern anderen Leuten. Die letzten Nummern des „Eisleber Tageblatts" bieten in dieser Beziehung sehr klassische Zeugen.

Unter der Ueberschrift: „Man erzählt . . . ." krümelt Martin Heege in drei Spalten seines Blattes einige Brocken hin, die wahrscheinlich von den sensationslüsternen Vögelchen im deutschnationalen Leserkreis mit Wonne aufgepickt wurden. Der Märchenerzähler hat aber seine Arbeit nur halb getan. In Verbindung mit seinem Schmerzensschrei über eine verschiedenen Schülern der Oberrealschule wegen des Tragens nationalistischer Abzeichen gewordenen Stäupung wollen wir seine Erzählung fortsetzen. In diesen Tagen haben sich nach stattgefundener Prüfung an der Oberrealschule die dort fertig gebildeten jungen Menschen in den Straßen der Stadt produziert. In langen Reihen angeärmelt, sich entsprechend Raum und Geltung verschaffend, grölten diese kommenden Staatsstützen nationalistischer Couleur in jammervollen Tönen „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" und ferner „Immer rein mit dem Bein in den Mostrichtopf!", bei dem Spießer ein verständnisinniges Lächeln erweckend. Wahrlich, eine feine Bildungsstufe die da zur Schau geboten wurde. Wir haben bisher noch nicht gewußt, daß unsere Oberrealschule solche Erziehungsergebnisse zeitigt. Wenn das Arbeiter gewesen wären . . .!

Allerdings sind Vorbilder da. Am vorigen Sonnabend fand im „Goldenen Löwen" eine Festivität statt. Zu vorgerückter Stunde kommen noch einige festlich gestimmte sogenannte bessere Menschen, Einlaß begehrend am geschlossenen Tor. Ein ohrenbetäubendes Rammeln und Klopfen. Als aber keine Oeffnung erfolgt, greift einer zu nachdrücklicher Ermahnung und schlägt einfach eine Fensterscheibe ein. Hierauf Oeffnung und in den Armen liegen sich die von drinnen und draußen, weiterschwelgend. Wenn das im „Volkshaus" passiert wäre! . . .

Man frage sich nun, wo denn eigentlich die Verrohung der Jugend sich zeigt. An den vom Dämon Alkohol besessenen jungen Abiturienten oder an den Fensterzertrümmerern!

So ließen sich spielend leicht die Märchen unseres Freundes in der Klosterstraße zerstören.

Was sonst noch in den Heegeschen Erzählungen so wunderbar die Nerven des unpolitischen und gedankenlosen Spießers kitzelnd geschrieben steht, ist harmloser, zum Teil schäbiger Bluff. Ganz der Geistesverfassung des Urhebers entsprechend.

Es gibt gewiß noch andere Dinge, die zu durchleuchten wir gern der Kraft der Heegeschen Blendlaterne, mit der er sich nach Gerbstedt zum dortigen geschmacklosen Mummenschanz begeben und von wo man ihn demnächst ohne Blendlaterne heimleuchten dürfte, überlassen wollen. Der Kraft dieser Blendlaterne ist noch mancherlei zu überlassen. Man erzählt sich beispielsweise, daß vor gar nicht langer Zeit im „Stahlhelm" so an die 5000 Märkerchen verschwunden sind und so noch andere diverse Geschichten von der schönen Infanterie.

Auf einen Schelm lassen sich dann anderthalbe setzen und diesen anderthalben aufzusetzen sind wir gern bereit, falls Herr Heege einmal wieder Lust verspüren sollte, sich als Märchendichter zu versuchen.

Ein weiblicher Berufsrichter. In der letzten Sitzung des erweiterten Schöffengerichtes Eisleben wirkte zum ersten Male in Eisleben eine Frau als Berufsrichter mit. Laienrichterinnen (Schöffinnen) haben ja schon häufiger ihre Staatsbürgerpflicht als Richter hier erfüllt. Diesmal aber trat die Gerichtsassessorin Frau Dr. Riemschneider in der Amtsrobe der Berufsrichter als Beisitzerin in den Gerichtshof ein.

Gewerkschaftliches.

Um die Arbeitszeit der Gasarbeiter.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat zu dem ihm zur Begutachtung vorliegender Entwurf einer Verordnung zum § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 ein weiteres Gutachten, und zwar über die Arbeitszeitverhältnisse in den Gaswerken, fertiggestellt. Der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat danach einstimmig beschlossen, die Unterstellung derjenigen Arbeitergruppen der Gasanstalten unter die besonderen Schutzbestimmungen des § 7 zu befürworten, die in der Regierungsvorlage hierfür vorgeschlagen sind. Es sind dies in den Gasanstalten die Ofenhausarbeiter (Retortenarbeiter, Abschlacker der Generatoren, Vorlagenarbeiter, Retortenausbesserer). Nach den Bestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung kann bei diesen Arbeitern von der normalen Achtstundenschicht nur dann abgesehen werden, wenn dringende Gründe des Gemeinwohls sie erforderlich machen oder wenn sie sich in langjähriger Uebung als unbedenklich erwiesen haben und eine halbe Stunde nicht übersteigen. Der Ausschuß nahm weiter einstimmig eine Entschließung an, die den Reichsarbeitsminister ersucht, bei Aufnahme von Arbeitern der Gaswerke in das Verzeichnis zu § 7 der Arbeitszeitverordnung zeitlich begrenzte Aufnahmen für kleine Gaswerke vorzusehen, unter der Voraussetzung, daß diese Werke unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage sind, bei der Unterstellung unter den § 7 wirtschaftlich zu arbeiten und daß die Gasversorgung durch Großbetriebe im gegebenen Falle nicht oder zurzeit noch nicht durchführbar ist.

Der dem Sozialpolitischen Ausschuß gleichfalls vorgelegte Bericht des Arbeitsausschusses über die Arbeitszeitverhältnisse in den Dampfkesselbetrieben wurde in erneuter Beratung an den Arbeitsausschuß zurückgewiesen.

Der Arbeitsschutzgesetzentwurf geht an die Länder.

Der im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete umfangreiche Neuentwurf eines Arbeitsschutzgesetzes ist, wie wir hören, nunmehr fertiggestellt und soll in den nächsten Tagen den Länderregierungen mit dem Ersuchen um Stellungnahme zugehen. Der Entwurf, der das gesamte Arbeitsschutzrecht neu regelt, geht auch auf das Problem der allgemeinen Arbeitszeitregelung ein. Eine Veröffentlichung des Gesetzentwurfs vor erfolgter Rückäußerung der Länder ist nicht beabsichtigt, da man eine vorzeitige öffentliche Diskussion unter allen Umständen vermeiden will.

*

Hoffentlich ist den Ländern eine gewisse Frist für ihre Stellungnahme gesetzt, so daß der Entwurf in absehbarer Zeit bekannt wird.

Ende der Kommunistenherrschaft. In Erfurt haben sich die Kommunisten bei der Neuwahl der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes wieder eine Niederlage geholt. Sie beherrschten diese Verwaltung in der ganzen Nachkriegszeit bis zum vergangenen Jahre und machten bei den jetzigen Wahlen alle Anstrengungen, um ihren einstigen Besitz zurückzuerobern. Aber auch ihre eifrige Agitation unter den Arbeitslosen hat nichts genutzt. Die noch vor zwei Jahren in ihren Händen befindliche Mehrheit im Gewerkschaftskartell ist endlich gebrochen. Sie besitzen jetzt lediglich noch die Verwaltung des Schuhmacherverbandes. Auch hier dürfte ihnen ein baldiger Auszug beschert werden.

Jugendbewegung.

SAJ. Gräfenhainichen. Monatsprogramm für März. Dienstag, 2.: Aussprache über die Bezirkskonferenz; Freitag, 5.: Spielabend; Sonntag, 7.: Tageswanderung nach den Tongruben; Dienstag, 9.: Liederabend; Freitag, 12.: Vortrag; Sonntag, 14.: Nachmittags-Volkstänze; Dienstag, 16.: Unterhaltung; Freitag, 19.: Brettspiele; Sonntag, 21.: Nachmittagsspaziergang; Dienstag, 23.: Lesen, Diskussion; Freitag, 26.: Monatsversammlung; Dienstag, 30.: Vorbesprechung zur Osterfahrt.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Dienstag, 2. März.

4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 5.30 bis 6 Uhr: Leseproben. 6.30 bis 7 Uhr: Esperanto-Kursus. 7 bis 7.30 Uhr: Prof. Dr. Eduard Sievers: „Wege und Ziele der Schallanalyse". 7.30 bis 8 Uhr: Prof. Dr. Hans Driesch: „Das Leib- und Seele-Problem". 8.15 Uhr: Wiener Klassiker. 1. Haydn: Trio für Klavier, Violine und Cello, G-Dur. 2. Beethoven: Sonate für Violincello und Klavier, D-Dur. — Allegro con brio. — Adagio con molto sentimento d'afetto. — Allegro. 3. Mozart: Trio für Klavier, Violine und Cello, B-Dur: Allegro. — Larghetto. — Allegretto. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. 10 bis 12 Uhr: Lustige Musik.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Dienstag: 3 bis 3.30 Uhr: Professor Dr. Litt (Leipzig): Fragen der Methode. 3.30 bis 4 Uhr: Prof. Dr. Thomae (Hamburg): Die beginnende Ausgestaltung des Unterrichts auf beruflicher Grundlage. 4 bis 4.30 Uhr: Ministerialrat Dr. Ziertmann: Der innere Betrieb der Berufsschule. I. 4.30 bis 5 Uhr: Prof. Dr. Litt (Leipzig): Fragen der Methode. (Arbeitsschulgedanke). 8.30 bis 12 Uhr: „Bunte Reihe". (Vorträge, Lieder). — Tanzmusik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260301-17/fragment/page=0007

Sport und Spiel

Zwei Handball-Auswahlspiele in Halle.

Deutschlands Sportbewegung.

Mit der Entwicklung, die der Sport nach dem Kriege in Deutschland genommen hat, ist auch seine Bedeutung und Anerkennung im öffentlichen Leben gewachsen. Er ist zur „neuen Großmacht“ geworden, wie ihn mit Recht der wundervolle Sportfilm von der Frankfurter Arbeiter-Olympiade bezeichnet. Ein Blick in die Statistik bringt dafür auch die zahlenmäßige Bestätigung. Ueber 7 Millionen Deutsche beider Geschlechter zählen die großen Sportverbände zu ihren Mitgliedern. Gewiß sind darunter viele, die sich recht wenig oder auch gar nicht sportlich betätigen. Rechnet man aber die vielen kleinen Verbände und Vereine, die statistisch nicht erfaßt werden, hinzu und berücksichtigt ferner, daß Unzählige Sport treiben, ohne Mitglied eines Vereins zu sein, so geht man in der Annahme nicht fehl, daß mindestens 10 Prozent der deutschen Bevölkerung dem Sport huldigen.

Abgesehen von der Gewerkschaftsbewegung hat der Zusammenschluß der einem gemeinsamen Ziele zustrebenden Personen nirgendwo solch machtvolle Verbände entstehen lassen wie auf dem Gebiete des Sports. Drei große Spitzenorganisationen sind hierbei in Deutschland zu verzeichnen: die Zentralkommission für Sport und Körperpflege, der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen und die Deutsche Turnerschaft.

Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege faßt alle Arbeitersportverbände zusammen und vereinigt rund 1½ Millionen Menschen in ihren Reihen. Als Leitmotiv dieser Organisation sporttreibender, klassenbewußter Arbeiter könnte man schlagwortartig die Devise gebrauchen: Sport schafft Volksgesundheit. Diese Volksgesundheit suchen die Arbeitersportler durch planmäßige Körperschulung der Massen unter Ablehnung der Rekordjägerei und ihrer üblen Begleiterscheinungen zu erreichen. Der größte der angeschlossenen Verbände ist der Arbeiter-Turn- und Sportbund (Turnen, Rasenspiele, Leichtathletik, Schwimmen, Wintersport) mit rund 640 000 Mitgliedern, sowie der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ mit etwa 300 000 Mitgliedern.

Der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen, der bürgerliche Spitzenverband auf dem Gebiete des Sports schlechthin, ist mit seinen 4 Millionen Mitgliedern zahlenmäßig am stärksten. Für seine Sportbetätigung gilt die Parole: Sport ist Kampf! Im Vordergrund des sportlichen Interesses steht daher der Kampf um die Meisterschaft, um den Rekord. Das Hauptaugenmerk wird dadurch von der körperbildenden Wirkung sportlicher Tätigkeit auf die Gewinnung äußerer Anerkennung gelenkt. Leider stellt nicht nur der bürgerliche Mittelstand, sondern auch die Arbeiterschaft einen großen Teil der Mitglieder dieser Sportorganisation. Noch allzu viele Arbeiter lassen sich täuschen durch die neutrale Flagge, die der Reichsausschuß herauszuhängen bemüht ist. Der Deutsche Fußball-Bund mit rund 870 000 und die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik mit annähernd 440 000 Mitgliedern sind die beiden stärksten Verbände im Rahmen des Deutschen Reichsausschusses.

Die Deutsche Turnerschaft war ursprünglich dem Deutschen Reichsausschuß angeschlossen, hat sich aber vor einiger Zeit aus „nationalen Belangen“ wieder abgesondert. Denn das nationale, um nicht zu sagen nationalistische Moment spielt in der Deutschen Turnerschaft eine große Rolle. Ihr Sportziel läßt sich versinnbildlichen in dem Losungswort: Sport ersetzt Wehrpflicht. Die rund 1½ Millionen Mitglieder der DT. stammen zum großen Teil aus den Kreisen des Bürgertums; aber auch hier ist eine nicht unbeträchtliche Zahl Arbeiter eingeschriebene Mitglieder der einzelnen Vereine.

Faßt man die Ziele der drei großen Sportverbände Deutschlands in die Schlagworte: Sport schafft Volksgesundheit, Sport ist Kampf, Sport ersetzt Wehrpflicht, so ergibt sich eine Charakterisierung der Stellung der Verbände zueinander. Auf der einen Seite der Sport als Mittel zur Erzielung eines gesunden Körpers, als Ausgleich gegen die Berufsschäden — das Ideal der Arbeitersportbewegung. Auf der bürgerlichen Seite nicht nur der Sport als Selbstzweck, sondern als Wert- und Leistungsmesser des einzelnen mit der dadurch bedingten Rekordjägerei. Und schließlich die sportliche Betätigung als Ersatz für die Wehrpflicht, eine Huldigung an den Militarismus in verschleierter Form.

Dr. Heine (Berlin).

2. Kreis, 6. Bezirk: Mitteldeutsche Spielvereinigung.

Fußballresultate vom 28. Februar.

Fichte I – Gräfenhainichen I 4:3.

Die Gäste waren körperlich glatt überlegen. Technisch Gutes verhalf Fichte zum Sieg.

Minerva I—Bruckdorf I 4:0

Ein flottes Spiel, welches zeitweise die Grenzen des Erlaubten überschritt.

Wörmlitz I—ASC. I 2:1.

Der Glücklichere konnte den Sieg an sich reißen.

Sportlust I—Teutonia I 2:5.
Viktoria I—Sportbrüder I 1:0, nach mäßig verteiltem Spiel.
Teutonia II—Sportlust II 1:1.
Minerva II—Bruckdorf II 10:1.
Viktoria II—Passendorf I 3:1.
ASC. II—Brachstedt I 8:0 (!).
Minerva III—Giebichenstein III 7:0.
ASC. III—Brachstedt II 2:9.
Fichte-Jgd.—Gräfenhainichen-Jgd. 2:4.
Minerva-Jgd.—Ammendorf-Jgd. 4:0.
Sportlust-Jgd. I—Teutonia-Jgd. 1:1.
Sportlust-Jgd. II—Diemitz-Jgd. I 1:9.

Fortuna II (Dölau) – Eintracht I (Gröbers) 1:6.

Am Sonntag weilte Fortuna II in Gröbers, wo sie statt der zweiten auf die erste Mannschaft von Eintracht traf. Bei Spielbeginn verteiltes Spiel. Eintracht gelingt es, bis zur Halbzeit dreimal einzusenden, dem Fortuna nur ein Treffer gegenüberstellt. Beim Stande 3:1 macht sich eine sichtliche Ueberlegenheit Fortunas bemerkbar, die aber durch die körperliche, starke Spielweise Eintrachts keinen Treffer zuläßt. Gute plazierte Schüsse finden Halt an Latte oder Pfosten. Nach Halbzeit kann E. noch drei Tore buchen. Ecken 5:8.

Vorher spielten Fortuna III—Eintracht II mit 2:1. Ecken 7:3. Beide Spiele leitete ein Sportgenosse von Fortuna.

*

Alle Vereine müssen bis 1. März ihre Strafen und Gebühren für die Adressenverzeichnisse gezahlt haben, da sonst am 7. März keine Spielberechtigung erteilt wird. Strafen können nur jeden Montag aufgehoben werden laut Vorstandsbeschluß.

Der Vorstand. J. A.: Otto Eurich.

Restaurant Thomas Boeldkestr. 1
Fernsprecher 1930
Vereinslokal des K. S.-C. „Sportlust 07“
Haltestelle der Linie I 1200

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe: Handball.

Ergebnisse vom 28. Februar:

Sportler-Auswahl-Mannschaften A — B 6:0.

Um 3 Uhr pfiff Sportgenosse Schanze (Fichte) das Spiel an. Der Anstoß der B-Mannschaft wird abgefangen. A geht in schöner Kombination durch, wird aber von der Hintermannschaft geklärt. Das erste Tor für A fällt 2 Minuten nach Anstoß. Nachdem lebhaftes Mittelfeldspiel mit gegenseitigen Torbesuchen, welche aber stets durch die Hintermannschaften geklärt werden. Eine Minute vor Halbzeit zweites Tor. Halbzeit 2:0 für die A-Mannschaft. Nach Wiederanstoß setzt sich die A-Mannschaft immer mehr durch. Die folgenden vier Tore fallen in ziemlich gleichmäßigen Abständen. Resultat: 6:0 für die A-Mannschaft. Strafecken 7:3, Ecken 2:0.

Beide Mannschaften zeigen ihr bestes Können. Die Aufstellung der A-Mannschaft war im ganzen gut. In der B-Mannschaft gefiel besonders der Tormann, der eine Klasse für sich ist. Der Sturm von B konnte sich vor dem Tor wegen guten Störungsspieles von A nicht durchsetzen. Schiedsrichter Schanze war dem Spiel ein aufmerksamer Leiter. Sämtliche Zuschauer sind wohl voll und ganz auf ihre Rechnung gekommen.

Sportlerinnen-Auswahl-Mannschaften A — B. 1:1.

Vor einer Zuschauermenge von 300 Personen fand dieses Spiel gestern auf der Peißnitz statt. Die beiden Mannschaften traten voll an. B hat Anwurf und es entspinnt sich sofort ein flottes Spiel. Nach kaum 2 Minuten kann A durch eine Strafecke, welche gut abgespielt wird, das erste Tor durch Halbrechts erzielen. B leitet dauernd schöne Angriffe ein, welche aber immer durch Abseitsstehen unterbunden werden. Infolge ihrer Angriffslust kann B schon nach sechs Minuten durch Linksaußen den Ausgleich herbeiführen. Das

Zum zweiten Male
läuft der große Sportfilm 1268
Die neue Großmacht
(1 Arbeiter-Olympiade zu Frankfurt 1925)
vom 2. bis 5. März
im „Volkspark“.
2 Vorstellungen! 4 Uhr und 8 Uhr!

Spiel geht dann bis zur Halbzeit ohne wesentliche Erfolge trotz lebhafter Angriffsweise beider Parteien weiter. Nach Halbzeit geht A gut aus sich heraus, aber B hatte durch eine Umstellung auch gutes Spiel und ist fast die ganze zweite Spielhälfte im Angriff. Es ist aber beiden Mannschaften nicht möglich, einen Erfolg zu erzielen und so trennt der Schiedsrichter beide mit dem Resultat 1:1. Der Schiedsrichter leitete das Spiel einwandfrei.

*

Wörmlitz I—ASC. I 2:0.
Wörmlitz II—Adler II 1:0 (abgebrochen).
Achilles I—Frisch auf (Nietleben) 1:5.
Atlas I—Wörmlitz II 1:0.
Atlas Schüler—Achilles Schüler 0:7. Bz.

*

Es wird nochmals auf die heute abend im „Volkspark“ stattfindende **Vollsitzung** aufmerksam gemacht. Anfang ½8 Uhr. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches und restloses Erscheinen ersucht.

Der Spielausschuß.

Bezirkstag.

Der gestrige Bezirkstag des 6. Bezirks nahm u. a. eine Entschließung an, die die angeschlossenen Vereine auffordert, mit der größten Aktivität für den Volksentscheid zur Fürstenenteignung einzutreten. Näherer Bericht über die Verhandlungen folgt.

Arbeiter-Sportkartell Halle (e. V.).

Den Helfern zur Kenntnis, daß sie sich am Dienstag, dem 2. März, nachmittags 2½ Uhr, im „Volkspark“ einzufinden haben. Es sind die Vereine: Schwimmer (2), Radfahrer (2), Sportlust (2), Viktoria (2), Kegler (4), Fichte (2). Die Genossen wollen sich gleich für die Abendvorstellungen mit einrichten. Die Vereine Fichte, Atlas, Radfahrer und Germania-Felsenfest wollen ihre aufführenden Mitglieder richtig in Kenntnis setzen. Die Genossen der Radfahrer und Schwimmer haben sich am Dienstagmittag zur Vornahme der Verdunkelung des Saales im „Volkspark“ einzufinden.

Der technische Ausschuß. J. A.: Eurich.

*

Heute abend Fackelzug!

Wir machen noch einmal auf den heute abend stattfindenden Fackelzug aufmerksam. Plakate sind mitzubringen. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß die Vorstellungen zur „Neuen Großmacht“ um 4 Uhr und um 8 Uhr beginnen.

J. A.: K. Oertel.

Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle.

Spiele am 7. März: Gruppe I: Ennewitz—Dölau 9 Uhr vorm.; Halle-Süd — Ammendorf 1—6 Uhr nachm. Gruppe II: Freie Kegelbrüder—Schiepzig 8—1 Uhr vorm. Gruppe III: Passendorf—Döllnitz 1—6 Uhr nachm. Gruppe IV: Solidarität—Lettin 6—11 Uhr abends.

Wenn Klubs nicht antreten, bitte mir sofort Mitteilung zu machen. Ebenfalls müssen sich die Klubs verständigen, welche auswärts spielen. Sämtliche Zuschriften sind an den Kegelbruder Hermann Laue, Halle, Kl. Gosenstr. 4, zu richten. **Die Sportkommission.**

Spiele vom 28. Februar: Unter uns—Teutschenthal 2:0. Bz.

Merseburg.

„Die neue Großmacht“

Der Film der 1. Internationalen Arbeitersport-Olympiade wird am 9., 10. und 11. März in den Kammerlichtspielen laufen. Um regen Besuch wird gebeten. Der Eintritt beträgt 60 Pf. für Erwachsene, 20 Pf. für Kinder, 40 Pf. Erwerbslose. Karten im Vorverkauf bei den Mitglidern der Vereine.

Olympiade-Filmvorführung in Torgau.

„Die neue Großmacht“ betitelt sich der Film, der am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, im Restaurant „Bürgergarten“ zur Vorführung gelangt. Dieser Film der ersten Internationalen Arbeiter-Olympiade soll Zeugnis geben von der segensreichen Wirkung der Körperkultur im Volk, der neuen, starken Quelle seiner Kraft. Trotz sehr hoher Ausgaben sind die Eintrittspreise sehr niedrig gehalten, und zwar für Kinder 20 Pf., Erwachsene 50 Pf. Schulpflichtige Kinder können des Platzes wegen zur Abendvorführung nicht zugelassen werden. Wir bitten deshalb, die Nachmittagsvorführung zu besuchen. Karten im Vorverkauf sind zu haben im Restaurant „Bürgergarten“, „Quelle“ und „Waldschenke“ sowie bei den Herren Exner, Königstraße, und Kamp, Kurstraße.

Vereinsmitteilungen.

Athletik-Vereinigung „Germania-Felsenfest“. Jeden Dienstag und Freitag von 7—10 Uhr abends: Uebungsstunden in der Turnhalle der Charlottenschule im Ringen, Gewichtheben, Boxen und Akrobatik unter Leitung erfahrener Trainer. Anmeldungen von jungen Leuten, welche Interesse an der Schwerathletik haben, werden in den Uebungsstunden angenommen. Für unsere Jugendabteilung werden ebenfalls Anmeldungen entgegengenommen.

Boxklub International Halle. Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal unsere fällige Monatsversammlung statt. Anmeldungen werden dortselbst entgegengenommen. Unsere Uebungsstunden finden Dienstags und Freitags im Restaurant „Zur Sonne“, Richard-Wagner-Straße, statt. Boxinteressenten finden dort fachmännische Ausbildung.

Freier Wassersportverein, Halle, E. V. Am Mittwoch, dem 3. März, abends 8 Uhr, bei Grothe (Ludwigstraße) Vorstandssitzung des gesamten Vereins. Zu dieser Sitzung sind auch die technischen Leiter und Unterkassierer geladen. Die Sitzung ist sehr wichtig und hat alles zu erscheinen.

Kegelklub Halle-Süd nimmt noch einige Mitglieder auf. Interessenten können sich Dienstags von Uhr an auf der Kegelbahn des „Volkspark“ melden.

Boxkampf Jena — International (Halle).

Ueberlegenheit Halles.

Die gestern im „Deutschen Gesellschaftshaus“ in Halle stattgefundenen Boxkämpfe hatten einen guten Besuch aufzuweisen. Um 11¼ Uhr wurden die Kämpfe durch Sportgenossen Limpert eröffnet, der hierbei bekanntmachte, daß in der Aufstellung der Jenaer Mannschaft durch Erkrankung zweier Sportgenossen eine Aenderung eintreten mußte. Als Ersatz sind zwei Naumburger Genossen eingesprungen, so daß die Kämpfe trotzdem voll durchgeführt werden konnten. Die Boxkämpfe wurden nur über drei Runden durchgeführt, da Jena nicht für die angesetzten Fünfrundenkämpfe zu gewinnen war. Mit dem Einleitungskampfe Wirth (87 Pfd.) — Sondershausen (94 Pfd.), beide „International“, begannen die Kämpfe. Wirth, der in den drei Runden lebhaft im Angriff war, brachte seinen Gegner dadurch öfters an die Seile. Sondershausen, mit gutem Schlag, kam nicht gegen den sich gut deckenden W. auf. W. ging als Punktsieger hervor. Im Fliegengewicht trafen sich Maurer (Naumburg 104 Pfd.) und Starke (Halle 100 Pfd.). Die erste Runde zeigte Starke überlegen im Angriff, während Maurer viel in Doppeldeckung verharrte. In der zweiten Runde ging St. wieder lebhaft an seinen Gegner heran, der aber bald aus seiner Reserve herausging und etwas aufkam. Die dritte Runde endete nach beiderseitigen scharfen Angriffen, die alsbald in ein Abtasten übergingen und zum Schluß wieder etwas auflebten mit einem Punktsiege von Starke, der im Angriff der Bessere war. Im Bantamgewicht waren zwei Kämpfe angesetzt. Es trafen sich im ersten Kampf Jähnert (Naumburg 109 Pfd.) und Steinbrecher (Halle 106 Pfd.). Die erste Runde sah beide im Angriff, beide deckten gut. Zum Schluß Nahkampf ohne Wirkung. In der zweiten Runde gerieten beide Gegner hart aneinander. Es war eine ausgeglichene Runde. Jähnert erhielt zwei Verwarnungen wegen Festhaltens und Nachschlagens. Steinbrecher eine Verwarnung wegen Nachschlagens. Die dritte Runde endete nach hartem Kampf unentschieden. Eine Zusatzrunde, die wenig Technik zeigte, endete nach scharfem Kampf ebenfalls unentschieden. Das zweite Paar im Bantamgewicht waren Schliebe (Jena 108 Pfd.) und Gutsche (Halle 102 Pfd.). Die erste Runde sah beide als Angreifer. Gutsche war durch sicher angesetzten Schlag im Vorteil und konnte Schliebe leicht anschlagen. In der zweiten Runde war Gutsche der Angreifer, während sein Gegner sich erst gut verteidigte und dann ebenfalls zum Angriff überging. Die dritte Runde beherrschte Gutsche ganz. Durch eine Serie von harten Schlägen hielt Gutsche seinen Gegner dauernd in Atem, der sich aber gut verteidigte und seinerseits wieder zum Angriff überging. Doch konnte sich Schliebe nicht mehr durchsetzen. Der Kampf endete mit einem Punktsieg von Gutsche. Beide Gegner lieferten einen schönen technischen Kampf. Im Federgewicht kletterten Kranich (Jena 112 Pfd.) und Hintze (Halle 114 Pfd.) durch die Seile. Zwei gleichwertige Gegner trafen sich hier in hartem Kampf. Die erste Runde war ausgeglichen. In der zweiten Runde war Hintze leicht im Vorteil, während in der dritten Runde der Jenaer wieder aufkam und so der Kampf unentschieden verlief. In der Zusatzrunde kamen beide hart zusammen. Kranich konnte einige Male gut landen und drängte Hintze derartig an die Seile, daß der Ring einstürzte. Der Ringrichter brach hierauf den Kampf ab und sprach Kranich den Sieg zu. Im Weltergewicht stiegen Köhler (Jena 114 Pfd.) und Sander (Halle 128 Pfd.) in den Ring. Leider konnte Sanders Gegner wegen Krankheit nicht antreten, so daß ihm ein ungleicher Ersatz gestellt werden mußte. Nach der ersten Runde gab Köhler auf, da er gegen Sander überhaupt nicht aufkommen konnte. Im Mittelgewicht stellten sich Braune (Jena 128 Pfd.) und Predeck (Halle 132 Pfd.) dem Publikum vor. Beide Gegner gerieten gleich in der ersten Runde hart aneinander. Auch die zweite verlief äußerst hart mit guter Deckung auf beiden Seiten. In der dritten Runde ließ Predeck seinen Gegner aufkommen und gab sich derartige Blößen, daß er schließlich nach einigen harten Schlägen ausgezählt wurde. Predeck hätte nach den Leistungen der ersten beiden Runden unbedingt ein Unentschieden herausgeholt, wenn er nicht im geeigneten Moment in der dritten Runde die Fassung verloren hätte. Der letzte Kampf sah im Halbschwergewicht Vogelmann (Jena 142 Pfd.) und Happe (Halle 142 Pfd.). Die erste Runde brachte nach anfänglichem Abtasten leichte Angriffe beiderseits, während die zweite Runde beide Gegner schärfer zusammenbrachte. Durch einen gutgelandeten schweren Kinnhaken von H. mußte V. bis drei zu Boden und gab darauf den Kampf auf. H. wurde als Sieger erklärt. — Ringrichter war Sportgenosse Lehmann (International), der die Kämpfe einwandfrei leitete. Als Punktrichter fungierten die Sportgenossen Limpert (International) und ein Jenaer Genosse. Das Publikum verhielt sich recht sportlich und spendete den Siegern am Schluß reichen Beifall. Hoffentlich tritt International bald wieder mit einer Veranstaltung an die Oeffentlichkeit, denn die Kämpfe haben gezeigt, daß International über eine beachtenswerte Mannschaft verfügt.

Bz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260301-17/fragment/page=0008